

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 17.

Freitag, den 21. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

## Wahlgeheimnis und Steuergeheimnis.

Ein Hauptgegenstand des Wahlrechtskampfes in Preußen bildet die öffentliche Stimmgabe. Es heißt, daß die preussische Regierung unter allen Umständen an dieser unreaktionären Einrichtung festhalten will. Das wird dem ganzen Kampfe eine bedeutsame Verschärfung verleihen.

Das Dreiklassenwahlrecht mit der öffentlichen Stimmgabe ist nunmehr so schwer zu beseitigen, weil der am meisten dazu geeignete Augenblick schmächtig verpaßt worden ist. Diese Gelegenheit trat bei der Begründung des Norddeutschen Bundes und wiederum bei der des Deutschen Reiches, 1867 und 1870, ein. Wenn damals das liberale Bürgertum resp. die nationalliberale Partei energisch die Beseitigung des Dreiklassenwahlgesetzes, als des gefährlichsten und durch einen Staatsstreich dem preussischen Volke aufgezwungenen Produktes Mantuffelscher Staatskunst, gefordert hätte, wäre sie zweifellos erreicht worden. Bismarck hätte nachgegeben. Damals mußte man noch mit der Möglichkeit rechnen, daß das Dreiklassenwahlrecht eine liberale Mehrheit brachte, wie beim großen Konflikt der sechziger Jahre. Diese Möglichkeit war es auch, die Bismarck veranlaßte, das Dreiklassenwahlrecht als das elendste aller Wahlgesetze zu bezeichnen, während sie umgekehrt das liberale Bürgertum so sorglos machte, daß es sich gar nicht weiter mit den Schäden des Dreiklassenwahlrechts beschäftigte und seine Kritik lieber gegen das Herrenhaus kehrte.

Als dann der Niedergang des Liberalismus eintrat und Bismarck erkannte, welches „Suwet“ das „elendste“ Wahlgesetz für die wieder zur Macht gelangende Junkerkraft wurde, dachte er sogar daran, die öffentliche Stimmgabe auf das Reichstagswahlrecht zu übertragen. Sein edler Vetter von Puttkamer sprach dies offen aus und Bismarck beglückwünschte ihn dazu. Dadurch wurden die Junker ermutigt, grimmige Drohungen gegen das allgemeine Wahlrecht zu richten. Graf Mirbach empfahl geradezu einen Staatsstreich, was er nachher freilich unzulänglich versucht hat. Andere Junker folgten seinem Beispiel. Aber vorläufig nahm die Angelegenheit einen Fortgang in entgegengesetzter Richtung. Die unablässigen Bemühungen für eine bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses hatten Erfolg, wozu nicht wenig beitrug, daß man dem Wahlunfall im „Sunkersparadies“ eine schärfere Beachtung widmete. Es kam das sogenannte „Klosettgesetz“ zustande und Graf Posadowsky erklärte, die Sicherung des Wahlgeheimnisses sei eine sittliche Pflicht der Regierung. Damit war auch die Berechtigung des Wahlgeheimnisses selbst anerkannt.

Allerdings mag Graf Posadowsky mit dieser Anerkennung des Wahlgeheimnisses zur Beschleunigung seines Sturzes beigetragen haben. Jedenfalls betrieben die Junker von da ab die Wählererei gegen diesen „allzumoderne“ Staatsmann mit verdoppeltem Eifer.

Der Gegensatz zwischen dem Reiche und dem von den Junkern beherrschten Preußen ward dadurch auf die Spitze getrieben. Aber auch die Situation im allgemeinen hat sich geändert. Posadowsky und Bülow sind von den Junkern verdrängt worden, der erstere wegen seiner sozialpolitischen Anschauungen, der andere wegen seines Blocks.

Die gegenwärtige Reichsregierung wird die Sicherung des Wahlgeheimnisses schwerlich mehr für eine sittliche Pflicht erklären, und die preussische hält an der öffentlichen Abstimmung fest. Die Junker und Junkerengenossen treten infolgedessen auch dreister auf als je. Ihre Kritik an der geheimen Abstimmung, die doch im Reiche seit dessen Bestand eingeführt ist, übersteigt alles Maß. Unter anderen Umständen würde man eine Partei, die auf solche Art an einer Grundlage des Reiches, am Wahlgesetze rüttelt, als „reichsfeindlich“ bezeichnet haben. Aber hier, guter Bauer, hier ist es etwas anderes.

Eine öffentliche Stimmgabe mag zulässig sein in einem Gemeinwesen, wo keine Klassenherrschaft besteht. Wo aber eine solche — die Form ist ganz gleichgültig — vorhanden ist, da bedeutet die öffentliche Stimmgabe eine Schwächung oder Vernichtung des Wahlrechts des Schwächeren durch das Vorrecht des Stärkeren. Die Tatsache allein, daß die öffentliche Stimmgabe ein Requisite der reaktionären Staatsmaschine des Herrn v. Mantuffel ist, genügt, um diese Einrichtung als eine solche zu charakterisieren, die sich mit allem modernen Geiste im Widerspruch befindet.

Es ist mehr als lächerlich, wenn in dieser Zeit bu-  
reaukratischer Unterdrückung, polizeilicher Schnüffelerei und

brutalster Klassenherrschaft wieder mit dem alten Unsinne operiert wird, der Wähler müsse ein „Verantwortlichkeitsgefühl“ haben; er müsse den „Mut seiner Ueberzeugung“ haben. Diese jesuitisch-demagogische Ausdrucksweise soll verdecken, daß man den Bureaukraten, Junkern und Prozen die Möglichkeit sichern will, den „widerpenftigen“ Wählern für ihre Bestimmung eine Maßregelung oder Strafe angedeihen zu lassen.

Wenn namentlich die Herren Junker und Agrarier so sehr für „Verantwortlichkeitsgefühl“ und „Mut der Ueberzeugung“ schwärmen, so gibt es für sie zweifellos viel bessere Gelegenheiten, ihren dahingehenden Eifer zu betätigen. Das Wahlgeheimnis kann, wenn im Reiche keine Sicherung eine sittliche Pflicht ist, doch auch in Preußen nicht schädlich sein.

Sehr schädlich ist aber ein anderes Geheimnis, nämlich das Steuergeheimnis, durch welches nach Professor Delbrücks Berechnung ein Vermögensbetrag von 50 000 Millionen Mark in Preußen der Steuerveranlagung entzogen wird. Dadurch wird der Staat um eine Einnahme von etwa 500 Millionen Mark geprellt. Da diese Steuerhinterziehungen meistens auf dem Lande stattfinden, so wäre es höchst angebracht, wenn die Herren Junker und Agrarier in dieser Sache sich doch überall etwas „Verantwortlichkeitsgefühl“ zulegen und wenn sie im Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Pflichten auch in bezug auf die Steuerveranlagung überall den „Mut der Ueberzeugung“ haben wollten, das heißt, in allen Fällen die richtige Höhe ihres Vermögens oder Einkommens angeben würden. Aber dieses Verantwortlichkeitsgefühl werden die Herren weit von sich weisen und werden von einem solchen lieber bei armen Arbeitern, kleinen Bauern und unselbständigen Handwerkern sprechen, wenn sie diese für eine „mißfällige“ Abstimmung schuldig machen wollen.

Wir können das zurzeit nicht ändern. Aber wir brauchen auch die Phrasen junkerlicher und agrarischer Demagogen nicht ernst zu nehmen, und werden mit allem Nachdruck dahin wirken, daß andere dies auch nicht tun.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Justizetat im Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Donnerstag in einer einzigen Sitzung den ganzen Justizetat. Herr Spahn, der an Stelle des erkrankten Grafen Stolberg die Präsidialgeschäfte führt, ist für parlamentarische Schularbeit. Von den vielen Rednern, die zum Justizetat sprachen, brachte großzügige prinzipielle Gesichtspunkte nur Genosse Heine in die Debatte, der den geradezu monströsen rückwärtigen Entwurf des Strafgesetzbuches so kennzeichnete, wie er es verdient. Einiges Verständnis für zeitgemäße Justizreform zeigten die liberalen Redner, die Freisinnigen Dove und Blatz und einigermaßen auch der Nationalliberale Funck, während Herr Belzer von Zentrum nach einer Neuaufgabe der lex Heinze schielte. Abmischung in die Debatte brachte der Antisemit Werner durch ausgiebiges Schimpfen auf den von ihm „Baron de Schoen“ titulierten Staatssekretär des Auswärtigen. Sein früherer Fraktionsgenosse, Herr Bruhn, sprach leider nicht, obwohl es bei einer Justizdebatte doch ziemlich nahegelegen hätte. Der Hakatismus in der Rechtspflege wurde von dem Polen von Dziembowski richtig charakterisiert. Staatssekretär Lisco griff nur einmal in die Debatte ein, um einen Gesetzentwurf über die Entlastung des Reichsgerichts anzukündigen und sein sehr platonisches Interesse für Tarifverträge an den Tag zu legen. — Am Freitag kommt außer ein paar Nachtragsetats der Etat des Reichseisenbahnamts heran.

Es wird weiter gemäßigelt.

Die Mehrheit des Reichstages hat anlässlich der Beratung der Interpellation betr. die Maßregelungen in Kattowitz mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß sie diese Maßregelungen ganz entschieden verurteilt. Das wäre noch deutlicher zum Ausdruck gelangt, wenn es möglich wäre, an eine Interpellation Beschlüsse zu knüpfen. Die Regierung aber kümmert sich den Teufel um die Meinung des Reichstages. Der Gymnasial-Oberlehrer Hoffmann in Kattowitz, der auch polnisch gewählt hatte, ist jetzt nach Strehlen verlegt worden. „Im Interesse des Dienstes“, wie ihm seine vorgelegte Bureaukratie mitgeteilt hat. Kein anderes Parlament der Welt würde sich eine derartige Mißachtung seiner Willensmeinung gefallen lassen, dazu ist die Kammergebild des Reichstages erforderlich. — Aus Breslau wird uns soeben noch gemeldet, daß der Gymnasial-Oberlehrer Hack wegen Teilnahme an einer Ferrer-Rundgebung vom Provinzial-Schulkollegium zur Verantwortung gezogen wurde.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich Donnerstag mit der Anklage, die der Bürgermeister Krepplin von Lüderichsbuch gegen den Staatssekretär Dernburg erhoben hatte. In der Debatte, die gleichzeitig auch an die „Deutsche Tageszeitung“ gegangen, und von dieser unter Abschwächung der groben Ausdrücke in ihrer Montagsnummer veröffentlicht wurde, wird gegen Dernburg der Vorwurf erhoben, daß er die deutsche Diamantgesellschaft bevorzugt und den Fiskus geschädigt habe, und daß die Angaben in der Denkschrift zum Teil falsch und zum Teil auf Freijährigkeit berechnet seien. Dernburg konstatierte, daß die Beschwerde selbst in der Kommission keinen Verteidiger gefunden habe. Der Beschwerdeführer Krepplin sei Aufsichtsratsmitglied der Pomona-Gesellschaft, deren Schürfgelände durch die Sperrmaßnahmen des Kolonialamtes gesprengt worden sei. Nach diesen Vorgängen könne Krepplin im Interesse des Ansehens des Kolonialamtes nicht fernherhin Bürgermeister in Lüderichsbuch bleiben. Nachdem von den Rednern aller Parteien betont worden war, daß die Angaben beweislos gemacht seien und daher keinen Grund abgeben, sich weiter damit zu beschäftigen, einigte man sich auf einen Antrag Singer, die Angelegenheit durch die früher gefaßten Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages wollte Donnerstag in die Prüfung der Wahl Ender (Wahlkreis Sonneberg) eintreten. Hierbei stellten die Konservativen die Forderung auf, daß die Wahl vollständig neu geprüft werde, obgleich das Plenum des Reichstages den Beschluß gefaßt hatte, Beweiserhebungen vorzunehmen. Die Mehrheit der Kommission hielt sich an diesen Beschluß gebunden, während der konservative Abgeordnete Wilkens sogar die Ansicht vertrat, da die Session des Reichstages im vorigen Jahre geschlossen wurde und die Wahlprüfungskommission neu gewählt ist, habe die Kommission die Prüfung aller noch vorliegenden Wahlen vollständig aufs neue vorzunehmen. Dagegen wurde andererseits behauptet, daß die Kommission an die Beschlüsse des Plenums gebunden sei, und nur die begonnene Arbeit im Sinne dieser Beschlüsse fortzusetzen habe. Die Mehrheit der Kommission entschied gegen das konservative Verlangen, das eine Nichtrespektierung der Beschlüsse des Plenums und eine unbeschränkte Verschleppung der Wahlprüfungen bedeuten würde. Infolge der weit ausgesprochenen Debatte hierüber kam die Kommission zu keinen materiellen Entscheidungen.

Über die Krankheit des Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg

teilte der Vizepräsident Spahn der Budgetkommission mit, daß das Befinden des Präsidenten recht bedenklich sei, sodas dieser nicht in der Lage sei, die erforderlichen geschäftlichen Angelegenheiten mit ihm zu besprechen, so daß er event. Entschließungen ohne ihn fassen müsse.

Zu einem Kampf mit den Agrariern

dürften sich die Verhandlungen über den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag zuspitzen. Dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ meldet nämlich ein Kabellegramm, daß die einzigen strittigen Punkte die Einfuhr von Fleisch und von Früchten sind. Wie man hört, sind die parlamentarischen Geschäftsführer des Bundes der Landwirte, die Abg. Dr. Hahn und Roelcke, eifrig bei der Arbeit, jedes Zugeständnis Deutschlands auf diesen Gebieten zu hinterreiben. Soviel steht heute bereits fest, daß diese Verhandlungen zu scharfen Zusammenstößen mit den Anhängern der agrarischen Wirtschaftspolitik führen werden.

Die „Kreuzzeitung“ ruft nach dem Staatsanwalt.

Der lustige Streich, den die Breslauer Genossen der Polizei mit dem österreichischen Genossen Sokal gespielt haben, hat die „Kreuzzeitung“ in helle Wut versetzt; sie schreibt am Schlusse eines bösen Artikels über diesen Vorgang:

„Sollten aber die sozialdemokratischen Versammlungsleiter für die Umgehung des Verbots und die große Täuschung der überwachenden Polizeibeamten nicht zur Verantwortung gezogen werden?“

Ein edles Organ, dieses Hammersteinblatt.

Agrarische Gemütsmenschen.

Wie dem Hansabund mitgeteilt worden ist, führte ein Wanderredner des Bundes der Landwirte in Mündingen aus: „Der Untergang der deutschen Industrie ist kein Schaden, sondern nur ein Nutzen für die Landwirtschaft. Wenn es nur der Landwirtschaft gut geht, können wir sagen: Lieb Vaterland, magst ruhig sein.“

Von den Steuerhinterziehern.

Es ist in letzter Zeit namentlich von der Sozialdemokratie oft darauf hingewiesen worden, daß die Einnahmen

des Staates an direkten Steuern bedeutend höher sein würden, wenn die reichen Leute richtige Einkommensdeklarationen abgeben würden. Wie aber die Steuererklärungen aussehen, zeigen folgende Zahlen:

In ganz Preußen wurden im Steuerjahr 1908 738 363 Steuererklärungen abgegeben. Das sind zirka 40 000 mehr als im Jahre 1907. Von den Steuererklärungen des Jahres 1908 mußten nicht weniger als 236 063, also ungefähr der dritte Teil, wegen Fehlern und Unrichtigkeiten beanstandet werden. Daß die Beanstandungen auch mit Recht erhoben wurden, geht daraus hervor, daß in 75 Prozent der Fälle der Steuerfuß entsprechend richtig gestellt werden mußte. Infolge der Beanstandungen sind gegenüber den Angaben der Steuererklärungen an Steuerpflichtigen Einkommen rund 330 Millionen Mark, und an Staatseinkommensteuern rund 11 Millionen Mark mehr festgestellt bzw. veranlagt worden. Im Verhältnis zur Steuersumme ergibt sich, daß schließlich 35 Prozent mehr veranlagt, als von den Steuerzahlern angegeben worden ist. Wäre entsprechend den Sanktionswünschen nichts beanstandet worden, so wären die Steuerpflichtigen um mehr als ein Drittel zu niedrig veranlagt worden. Dabei ist bekannt, wie wenig gründlich die Beanstandungen noch sind und sein können.

#### Der Bürokratismus in der Marine.

Vizeadmiral a. D. v. Ahlefeldt veröffentlicht unter dieser Überschrift zwei Artikel im „Tag“ (Nr. 15 und 16. vom 19. und 20. Januar), die den Zweck verfolgen, die durch den Kieler Werftprozeß arg kompromittierten Beamten zu rehabilitieren. v. Ahlefeldt war früher selbst einmal Werftdirektor, er kennt sich in den bürokratischen Tollheiten, die den Werftbetrieb beherrschen, gut aus, er ist auch überzeugt, daß der Bürokratismus die Schuld an den skandalösen Vorkommnissen trägt und daß eine kaufmännische Verwaltung ganz anders arbeiten könne. Aber er schiebt die Schuld an den bürokratischen Überwucherungen auf die gesetzgebenden Körperschaften, die, um ihr Budgetrecht zu wahren, den staatlichen Amlern keine Bewegungsfreiheit ließen. v. Ahlefeldt führt über das staatliche Submissionswesen aus:

Nun aber die Submission des Staatsbetriebes, im besonderen der Marine! Für den ausschreibenden Techniker oder zum technischen Dienst kommandierten Offizier ist vor allem die Kenntnis der Werftdienstordnung, im ganzen ein Werk von 10 Bänden, zu kennen notwendig. Einer davon, Teil II, Abschnitt 8, enthält in 143 Paragraphen und 10 Beilagen die „Beschaffungsordnung“. Diese wird durch ein durch endlose Reichstags- und Abgeordnetenhäuser Verhandlungen veranlaßtes zweites Werk abgeändert und ergänzt: Allgemeine Bestimmungen betreffend die Vergabe von, vom 3. Dezember 1907, 47 Seiten und 4 Mapper zu Urkunden. Mit dieser staatlichen bürokratischen Grundlage kann der Techniker nun ans Werk gehen. Er schreibt seinen Bedarf zusammen, der Techniker wandert durchs eigene Ressort bis hinauf zum Direktor, dann hinüber zum Verwaltungsdirektor — der Techniker könnte sich ja bestechen lassen — und dort wieder die Leiter hinunter bis zum bearbeitenden Beamten der Beschaffungsabteilung. Dieser stellt die Lieferanten, die in Frage kommen, zusammen, fragt auch wohl zurück zum technischen Bureau, verfährt aber im allgemeinen nur nach den Bestimmungen und ohne Sonderkenntnis dessen, wozu die Ware gebraucht werden soll, als die, die ihm der Techniker auf seinem Bestellzettel aufgeschrieben hat. Der Techniker ist indes durch die vorgeschriebenen allgemeinen Bestimmungen schon ein ganz statisches Werk geworden und kommt so an die Lieferanten. Diese, sofern sie nicht Neulinge sind, lesen nur die Sonderbestimmungen; der Unerfahrene freilich liest auch und steht dann über die allgemeinen Bedingungen. Nun gehen die Angebote ein — nicht etwa beim bestellenden Techniker, sondern bei der Beschaffungsabteilung, unter Vorbehalt natürlich, Proben verfertigt natürlich, kommen in den Probenraum, wo von einer besonderen, der Probebestellungskommission, mit früherem heiligen Versprechen ein Schwamm, eine Kerze z. B. ausgegossen lagert, wie er oder sie ausgehen und beschaffen sein muß, wenn sie allen Wünschen gerecht sein will.

Haben sich genug Proben der Lieferungen angesammelt, dann wird die Lieferungskommission — wieder andere Menschen — berufen und erhält die Proben — ohne Firmenabzeichnung natürlich, damit nicht irgendeine der Begünstigung verfällt — und vergleicht sie mit den Normalproben; die zu leicht erfindenen werden als ungeeignet ausgeschlossen, die „guten“ werden nun nach dem Preise geordnet und dann die öffentliche Versteigerung — das meiste vom Reichstage dem Reichsministerium abgerungene bürokratische Angebot — anberaumt. Die Lieferanten kommen, der Zuschlag wird ausgesprochen, und alle nicht gewählten Lieferanten räumen über bürokratische Kommissarhaft oder ungerechte Begünstigung und drohen mit dem Reichstage. Die Ware ist nun bestellt, aber der bestellende Techniker ohne nicht, wo die Sache steht; wird er ungeduldig, so schreibt er an die Beschaffungsabteilung und ersucht, daß die Sache „im Geschäftsbüro“ sei. Daran knüpft sich dann zwischen ein sehr anmaßlicher Notizbrief, indem die berechtigten Reklamen sich schriftlich ihre Meinung sagen. Kommt die Sache endlich, so geht sie — an den Techniker? — nein, sie verschwindet in das unglückliche Kanakowamt, das nur durch bewachte Tore von der Welt aus zugänglich ist, und wird erst dann dem Ressort (Werft) ausgehändigt.

Ich weiß wohl — viele Darstellungen ist nicht korrekt, sondern nur ein Stimmungsbild, aber ich erlaube es für unannehmbar, das Verfahren so darzustellen, daß es korrekt ist und daß für ein größeres Publikum noch lesbarer bleibt. Es würde eine Doktorarbeit darauf. Ich möchte mich darauf beschränken, einen unglücklichen Beamten davon zu geben, was aus der im Reichsbetrieb die einzigen Zuständigkeiten sind, wenn sie dem Bürokratismus des Staatsbetriebes anheimfällt. Keine Darstellung ist jedoch nicht abzurufen, in Wirklichkeit ist das Verfahren noch schlimmer.

Und warum das? Weil die gesetzgebenden Körperschaften ihr Budgetrecht wahren wollen und ihren Vätern gegenüber rechtfertigen haben, dem Durchführungsamt unerträglich schmeckende Missetaten entgegenbringen.

Solches Missetaten habe kürzlich erst im Zentrum abgeordnet ausgesprochen, aber auch die äußerste Linken, die doch am ehesten sollte manchen Dingen für eine vernünftige, wirtschaftlich getriebene Beschaffung als ein obersteinstes ergibt darauf, daß

die Regierung immer mehr durch Gesetze und zur Berücksichtigung überwiegender Resolutionen eingeengt und von jeder Willkür oder Autokratie ausgeschlossen wird. Dasselbe gilt von allen Parteien ohne Unterschied. Ob dabei planmäßig mit in den Kauf genommen oder übersehen wird, daß darüber notwendig, wie Chamberlain sagt: „ein bischer unerhört großer Prozentsatz der wirksamen Kräfte der Menschheit als Militär und Zivilbeamte aus dem eigentlichen Lebensprozeß ausgeschiedet und „verendert“, weiß ich nicht zu sagen.“

So interessant die Ausführungen des ehemaligen Werftdirektors v. Ahlefeldt auch sind, darin gehen sie fehl, daß die Kontrolle der gesetzgebenden Körperschaften an der bürokratischen Misere schuld ist. Bei strenger Kontrolle ist eine gute, nach kaufmännischen Grundrissen und ohne bürokratischen Formalkram arbeitende Verwaltung möglich.

#### Der deutsch-portugiesische Handelsvertrag.

Die Abstimmung über diesen Vertrag, die am Donnerstag stattfinden sollte, ist auf Mittwoch, den 26. Januar verschoben worden. Den Anlaß zu dieser Verschiebung boten die von der Regierung gemachten vertraulichen Mitteilungen.

#### Aus der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik.

Soeben ist von dem großen statistischen Werke, das die Ergebnisse der Gernerzählung bringt, das Heft über die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe erschienen. Danach umfaßt das gesamte in Deutschen Reich und zwar in 4 904 762 landwirtschaftlichen Betrieben ermittelte Ackerland eine Fläche von 24 432 354 ha. Hiervon waren im Sommer 1907 bestellt mit:

	ha	Proz.
Sommerweizen	958 965	1,47
Winterweizen	828 772	5,42
Speis	231 636	0,95
Roggen	6 106 776	24,99
Gerste	1 621 812	6,64
Safer	4 210 818	17,28
Menggetreide	901 998	3,69
Zuckerrüben	518 822	2,10
Kartoffeln	3 178 880	12,99
Futterpflanzen	2 584 652	10,58
Gewächse in Feldmäßigen Anbau	265 596	1,09
sonstigen Ackerfrüchten	1 662 938	6,83

Von dem übrigen unbestellten Ackerlande wurden 1 084 389 ha (= 4,44 v. H.) als Ackerweide benutzt, der Rest 993 355 ha (= 4,06 v. H.) hat brach gelegen. Am 12. Juni 1907 waren in den landwirtschaftlichen Betrieben, abgesehen von den Betriebsleitern, 4 321 735 männliche, 7 918 321 weibliche, insgesamt 12 240 056 Personen land- oder forstwirtschaftlich tätig. Unter diesem landwirtschaftlichen Personal befanden sich 6 016 337 noch nicht vierzehnjährige Kinder, 328 879 Knaben und 272 758 Mädchen.

#### Das antipatriotische polnische Wursteissen.

Der Kampf zwischen Haskatisten und Polen in der Ostmark treibt höchst komische Blüten. Die haskatistische „Ostdeutsche Rundschau“ in Bromberg veröffentlicht z. B. folgende bewegliche Klage aus der Werkstatt Znau, einem polnischen Ortschaften von zirka 4000 Einwohnern:

Gedenke, daß du ein Deutscher bist!

Znau, den 9. Januar 1910.  
Vor einigen Jahren sind in diesem Blatte verschiedene Artikel über die nationale Laune der Deutschen in Znau geschrieben worden. Eine lange Zeit ist seitdem verfloßen, doch ist hier auf diesem Gebiete nichts besser geworden. Es erscheint daher an der Zeit, hierzu wieder einmal etwas zu sagen.

Nachstehendes möge zur Beleuchtung der jetzigen Zustände hier dienen. Vor mehreren Wochen veranstaltete der polnische Restaurateur Bukowski ein Wursteissen mit Konzert. Hierzu waren etwa 100 Personen erschienen, und zwar annähernd 90 Deutsche und ungefähr 10 Polen. Von deutscher Seite war alles vertreten, sogar höhere Beamte, Stadtverordnete und mittlere Beamte, die im Genusse der Dänemarkzulage sind. Wenn hier ein deutscher Wirt ein Wursteissen veranstaltet, so erwidern dazu kaum 30 Herren, natürlich nur Deutsche, denn hier in Znau verkehren Polen nur in polnischen Lokalen. Wenn ich, was selten genug vorkommt, ein Pole in ein deutsches Lokal verläßt, dann verfolgt er damit ganz bestimmte Zwecke.

Am 6. dieses Monats veranstaltete Bukowski wiederum ein Konzert, welches ebenfalls mehr von Deutschen als von Polen besucht war. Unter den Deutschen war auch dieses Mal alles vertreten, sogar den Kassierer des hiesigen Sparvereins konnte man unter ihnen sehen.

Einfach schauerhaft! Anstatt sich den schönen Ausspruch: „Deutsche wahren Eure heiligsten Güter!“ vor Augen zu halten und sich in vaterländischer Gemütsamkeit an die Blutwürde und das Wohlgefühl deutscher Gosschweine zu halten, gehen diese deutschen Beamten mit Ostmarkenzulagen in ihrem perverien Wurstbrange in eine polnische Gastwirtschaft und vertilgen dort Würste von polnischen Schweinen. Wo bleibt da das deutsche Nationalbewußtsein und die deutsche Kultur!

#### Aus dem badischen Landtage.

In der Budgetkommission wurde Donnerstag morgen durch ein Kompromiß der Nationalliberalen mit dem Zentrum das badische Biersteuergesetz angenommen. Die Sozialdemokratie brachte darauf einen schleunigen Antrag ein, in dem gefordert wird, daß die Brauereiarbeiter, die durch den Rückgang des Bierkonsums arbeitslos werden, die Entschädigung ihres Arbeitsverdienstes aus der Staatskasse erhalten. Die Entschädigung soll gezahlt werden vom 1. Februar 1910 bis 31. Dezember 1911. Eine Entscheidung über den Antrag ist noch nicht getroffen.

#### Finnland.

Zum neuen Kurs in Finnland. Aus Petersburg schreibt man uns: Schritt für Schritt wird Finnlands Freiheit gerettet. Jetzt ist die Frage an das Verfassungsrecht gekommen. Wohl ist des Finnländers durch die unabhanglichen und unerschütterlichen Grundgesetze von 1906 Verfassungsfreiheit im europäischen Sinne gewahrt worden. Aber das Gehren der reaktionären Sippenschaft gegen dieses „Preiserg“, welches die dich vor den

Toren Petersburgs gelegene „Provinz“ ungerechtfertigt weiß geteilt, hat es zustande gebracht, daß die russischen Mitglieder der gemischten russisch-finnischen Einigungsmission ihren Wortbruchkatechismus noch durch folgender Punkt bereichert haben: Die Regelung der Verfassungsfreiheit soll künftighin der alleinigen Kompetenz der russischen Gesetzgebung obliegen. Neuerdings hatte sich dazu herausgestellt, daß diese Maxime nicht nur aus den Anschauungen der Kommissionsmitglieder resultierte, sondern auf eine Direktive des Justizministers S t f e c h e l o w i t o w selbst zurückzuführen ist. Schon vor drei Jahren hatte nämlich der finnische Senat, gemäß dem Gesetz von 1906, entsprechende Bestimmungen über Vereine und Versammlungen ausgearbeitet, die vom damaligen Generalgouverneur S e r h a r d t ausgehen und vom Landtage angenommen worden sind. Drei Jahre lang hatten sie nun der kaiserlichen Bestätigung, und jetzt erst erfährt man es, daß S t e g e l o w i t o w es war, der sein Entschlossen gegen den Gesetzentwurf abgab. Heuchlerischerweise wies er in der Motivierung seines Standpunktes auf die Praxis der Schweiz und Deutschlands hin, wo die verschiedenen Kantone bzw. Reichsteile ein einheitliches Versammlungsrecht besitzen. Man solle doch den Unterschied zwischen den russischen und finnischen Untertanen auszugleichen suchen, nicht aber noch vertiefen. Es lebe die Gerechtigkeit!

#### England.

Die englischen Wahlen. Bis gestern abend 10 Uhr sind gewählt worden: 159 Unionisten, 134 Liberale, 27 Vertreter der Arbeiterpartei, 33 Nationalisten. Die Unionisten gewannen 70, die Liberale 9 Sitze, die Arbeiterpartei einen. Die Wahl des Staatssekretärs Grey in Berwick erfolgte mit 5010 Stimmen, während der Unionist 3327 erhielt. Der Arbeiterführer Genosse Kair Hardie wurde in Merthyr-Tydfil wiedergewählt. Gestern ist in 46 Provinzial-Wahlkreisen, außer den Londonern, gewählt worden. Diese Kreise waren bisher vertreten durch 27 Liberale, 5 Arbeiter-Abgeordnete, 1 Sozialisten, 2 Nationalliberale und 12 Unionisten. Die Beteiligung an den Wahlen in London war sehr lebhaft.

#### Amerika.

Wieder ein südamerikanisches Revolutionschen. Vorgestern wurde amtlich mitgeteilt, daß in der südamerikanischen Republik Uruguay die Telegramme unter Zensur gestellt worden seien. Das ließ darauf schließen, daß einer der landesüblichen Kugelspieler im Streit um die Staatskrippe im Gange sei. Gestern jagte eine Depesche aus Montevideo:

Aus den Provinzen werden kleinere revolutionäre Unruhen gemeldet, die dem Anschein nach durch revolutionäre Unruhen eines kleinen Teils der Blancas-Partei veranlaßt sind. In amtlichen Kreisen wird geglaubt, daß von der Masse der Bevölkerung der Anschlag an die Revolution nicht zu erwarten sei, da das Land sich wirtschaftlich in den günstigsten Verhältnissen befinde und keinen Grund zur Unzufriedenheit habe. Die Regierung nimmt an, daß die leichten Unruhen, dessen Urheber sich wahrscheinlich argentinischer Hilfe erfreuen, bald unterdrückt sein werden.

Die amtliche Meldung klingt sehr zuverlässlich; aber der Ausgang südamerikanischer Revolutionen hängt nicht von der Stellungnahme des Volkes ab, sondern davon, welche Seite über das meiste Betriebskapital verfügt.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 21. Januar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Jahresbericht der Mitgliedschaft Lübeck des Verbandes der Bäcker und Konditoren. Das Jahr 1909 war für unsern Verband ein ziemlich ruhiges, wenn es uns auch nicht alle Hoffnungen erfüllt hat, so hat es uns doch vor Enttäuschungen bewahrt. Die Backstubeuproletariate fühlen sich immer noch meist erhaben über andere Arbeiter und erkennen nicht, wie sie in wirtschaftlicher Beziehung unter den meisten Arbeitern stehen. Die Arbeiten der Mitgliedschaft im vergangenen Jahr waren folgende: Mitgliederversammlungen fanden 11 statt, öffentlich 3 Versammlungen, außerdem 3 gemeinsame öffentliche Versammlungen der Bäcker, Schächter und Müller. Vorkundensitzungen wurden 21 abgehalten. Eingegangen sind Briefe und Karten 142, Druckfächer 189, 2 Postpakete und eine Kiste als Frachtgut. Ausgänge: Briefe und Karten 123, Druckfächer 540 und 1 Telegramm. Die Einnahme im Berichtsjahre betrug 2811,50 Mark, die Ausgabe 2408,95 Mk., der Kassenbestand 402,45 Mark. In Unterstützungen wurden ausbezahlt: Arbeitslosenunterstützung an 18 Mitglieder 153,90 Mk., Reiseunterstützung an 9 Mitglieder 40,20 Mark und Krankenunterstützung an 11 Mitglieder 277,90 Mk., in Summa 474 Mk. Unsere Mitgliedschaft zählte am Schluß des Jahres 91 Mitglieder. Neu aufgenommen wurden 23, zugereist sind 21, ausgestiegen 8, zum Militär 1, abgereist 34. Arbeitslos haben sich insgesamt 31, arbeitslose Tage waren 574 zu verzeichnen. An 28 Kollegen wurde Anleihe mit 124 Tagen vergeben; davon entfielen auf die Lübecker Genossenschaftsbäckerei 936 Tage, auf andere Betriebe 138 Tage. Durch den Verband erhielten feste Arbeit 6 Kollegen, durch den Jungmännerverband 6 Kollegen, 9 erhielten anderweitig Arbeit, 2 sind abgereist und 5 mußten gestrichen werden. Am Schluß des Jahres waren 4 Kollegen arbeitslos. — Es besteht hier in Lübeck nach wie vor das „herrliche“ Kost- und Logiswesen. Man muß sich immer wieder wundern, daß die jungen Gesellen nicht einsehen, wie viel freier sie sich fühlen können, wenn dieses rückständige System beseitigt ist. Den Meistern kann man es ja nicht verdenken, wenn sie daran festhalten; können sie doch hierdurch ihre Gesellen recht bequemen und unliebsamen Bedingungen es schwer machen, den jungen Gesellen Aufklärung beizubringen.

Nachnahmekarten als Druckfache. Zur Einziehung von Geldbeiträgen werden neuerdings mehr und mehr Nachnahmekarten verwendet, die nach der Druckfachentzente frankiert werden. Solche Karten kosten nur 13 Pfg., 3 Pfg. Porto und 10 Pfg. Vorzeigegeld. Natürlich müssen dann solche Karten den Vorchriften für die Druckfächer entsprechen. Häufig tragen solche Karten einen Borddruck wie: Zur Faktura oder Anzeige vom . . . über . . . Mk., der dann handschriftlich ausgefüllt wird. Einem Bescheide des Reichspostamts gemäß ist die Beförderung derartig ausgefüllter Druckfächer nicht zulässig. Die Angabe des Betrages in dem Borddruck stellt eine briefliche Mitteilung dar. Etwas anderes ist es aber, wenn in dem Borddruck nur auf die Faktura oder die Anzeige Bezug genommen und das Datum handschriftlich ausgefüllt wird. Dies ist auch bei Drucknahmekarten

zuklären. Vorbrüche für Abrechnungen über verschiedene Rechnungen, Porto usw. werden von der Post ebenfalls als briefliche Mitteilung angesehen, so daß solche Karten nicht als Druckfachen befördert werden dürfen. Auch Vorbrüche wie: Mitgliedsbeitrag für 19... einlöslich, Porto dürfen auf Druckfachen handlich nicht ergänzt werden, da sie keine kurzen Hinweise auf den Inhalt oder auf Vorgänge, die die Sendung veranlaßt haben, bilden.

**Handelsregister.** Am 20. Januar 1910 ist eingetragen: 1. bei der Firma Hugo Ahrens in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 2. bei der Firma G. O. Lorkuhl in Lübeck: Nehige Lehhaber ist die Witwe des Kaufmanns J. G. O. Lorkuhl, G. M. H. S. geb. Spindler in Lübeck.

**Ein Unfall im Neuen Stadttheater und seine Folgen.** Am Abend des ersten Weihnachtstages ereignete sich, wie f. St. berichtet, bei der Aufführung der „Zauberflöte“ ein kleiner Unfall, der glücklicherweise für das davon betroffene Fräulein Weber, welche die Königin der Nacht sang, keine ernstliche Folgen hatte. Das Gerüst, auf dem die Königin der Nacht zuerst erscheint, war, als es aus der Verlenkung hervorgehoben wurde, zusammengebrochen. Dieser Unfall ist nun leider die Ursache zur Entlassung zweier Bühnenarbeiter geworden. Gleich nachdem der Vorfall sich ereignet hatte, suchte der Maschinenmeister Steuding, den die Verantwortung trifft, es so hinzustellen, als ob es die Bühnenarbeiter gewesen seien, die absichtlich dieses Mißgeschick gewissermaßen aus Rache herbeigeführt hätten. Auch der Direktor schloß sich zunächst dieser Ansicht an und gab derselben Ausdruck. Der Grund für das Vorgehen der Arbeiter sollte darin liegen, daß sie verschiedentlich mit Steuding Differenzen gehabt hatten, zuletzt am Nachmittag des Unfalltages. Es ist natürlich mehr als leichtfertig, derartige schwere Beschuldigungen in die Welt zu setzen, wenn man als Unterlagen dafür nichts als haltlose Vermutungen hat. Wie lag nun in Wahrheit die Sache? Wichtig ist, daß das Verhältnis der Arbeiter zu Steuding kein besonders gutes war. So ist es beispielsweise kurz vor Weihnachten vorgekommen, daß ein Bühnenarbeiter, nachdem bei der Probe die Vorbereitungen zu einem Akt getroffen waren, und es für ihn den Augenblick nichts zu tun gab, hinunter ging und eine Flasche Bier trank. Steuding erfuhr ihn nach, machte ihm Vorhaltungen und sorgte dafür, daß ihm ein Strafmandat zugestellt wurde. Am 1. Weihnachtstage wollte St. den Arbeiter ohne Grund von der Bühne weisen, was den übrigen Kollegen des Vereinfachen Veranlassung gab, sich mit ihm solidarisch zu erklären. Schließlich ging denn die Sache doch noch friedlich aus. Abends halb 7 Uhr wurde dann die Verlenkung probiert und alles klappte. Darauf ließ Steuding die Verlenkung zuschieben, wodurch der Zweck der Probe natürlich wieder illusorisch gemacht war. Als dann in der Vorbereitung die Königin der Nacht erscheinen sollte, wurde die Verlenkung geöffnet, aber nicht weit genug, und so mußte sich der Unfall ereignen. Die Anordnung, wie weit die Verlenkung zu öffnen war, hatte Steuding zu treffen.

Einige Tage später erschien denn auch die behördliche Untersuchungskommission, um sich an Ort und Stelle zu informieren. Diese Kommission wandte sich an Steuding und andere Leute, jedoch nicht an die Bühnenarbeiter, die in der Verlenkung standen und den Vorfall genau beobachtet hatten. Warum das unterlassen wurde ist nicht bekannt. Daß auf diese Weise die Untersuchungskommission ein richtiges Bild der Sache erhalten hat, ist nicht anzunehmen. In der Woche zwischen Neujahr begaben sich dann vier Bühnenarbeiter zum Direktor, um ihm den Vorfall so vorzustellen, wie er sich nach ihrer Meinung zugegangen hat und sich dagegen zu verwahren, als ob sie die Schuld trüge. Weiter wurde von den Arbeitern bei dieser Gelegenheit das vorliegend angeführte Strafmandat als unrichtig bezeichnet, und dabei erwähnt, daß gerade in der Weihnachtszeit die Leute überanstrengt seien und verschiedene von ihnen in drei, vier, einer sogar in 6 Wochen keinen freien Tag gehabt hätten. Der Direktor sprach sich dann auch dahin aus, daß die Arbeiter ihre freien Tage erhalten sollten, wenigstens er sich bezüglich des Unfalls auf die Seite des Maschinenmeisters stellte. Damit war die Angelegenheit jedoch nicht erledigt. Am 1. Januar erhielten zwei der Leute, die sich kein Unrecht gefallen lassen wollten und deshalb vorstellig geworden waren, ihre Kündigung. Der Direktor unseres Stadttheaters gilt im allgemeinen als ein humaner und gerecht denkender Mann; umso mehr muß es befremden und zur Kritik herausfordern, daß von ihm Arbeiter entlassen werden, denen keinerlei tatsächliche Verschulden nachgewiesen sind, und die im Vertrauen auf seine Unparteilichkeit bei ihm vorstellig geworden sind.

**pb. Kleine polizeiliche Nachrichten.** In Molsling ist ein herrenloser etwa 1 Jahr alter Miredele-Terrier ohne Steuerzeichen von dem Stationshelfer angetroffen und vorläufig von dem letzteren in Pflege genommen worden. — Von einem am Konstantplatz aufgestellten Wagen wurden in den letzten Tagen eine grauelebrüne Wagenwand und ein Spanngel gestohlen. — Am 20. d. Mts., morgens, wurde in der Fährstraße ein sehr wertvolles goldenes Spiral-Halsband für Damen gefunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Gegenstand aus einem Diebstahl herrührt, und von dem Diebe an der Fundstelle fortgeworfen ist.

**pb. Der Falschmünzerei verdächtig.** Festgenommen wurde ein Schlosser aus Schwerin, der dringend der Falschmünzerei verdächtig ist. Er versuchte in hiesigen Oerbergen dort anwesende Fremde zu bewegen, falsche Zweimarkstücke in den Verkehr zu bringen unter dem Vorwande der Hälfte des Uberschusses. Er erzählte weiter, daß er die Falschstücke selbst aus Zinkmetall herstelle und noch einen ganzen Beutel voll solcher Stücke besitze. Er wollte auch am 19. d. Mts. hier in Lübeck bei einem Bäcker und einem Schlachter je ein falsches Zweimarkstück ungefeht haben. Bei seiner Festnahme wurden noch 16 falsche Zweimarkstücke, die nicht besonders gut gemacht sind, gefunden. Der Festgenommene war früher in Berlin. Dort wollte er bereits 800 Stück von diesen Falschstücken angefeht haben.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen, Sonnabend, abends 7 Uhr, gelangt Wagner's Musikdrama „Siegfried“ mit Herrn Louis Bennarini vom Hamburger Stadttheater als Gast in der Metrolle zur nochmaligen Aufführung. — Am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet die S. Volksoberleitung statt, und zwar kommt Schillers „Die Piccolomini“ zur Aufführung. Der Eintrittspreis für alle Plätze beträgt pro Person 50 Pf. Alle Plätze werden, wie bisher, ausgelost. Der Vorverkauf resp. die Auslosung findet heute (Freitag) und morgen (Sonnabend) je von 8—9 Uhr abends an der Theaterkasse statt. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, kommt der erfolgreiche Operetten-Schlager „Der fidele Bauer“ von Fall zur Wiederholung. — In Vorbereitung befindet sich Bizets Oper „Carmen“ und die komische Oper „Der Barbier von Sevilla“ von Rossini.

**Stadttheater.** Man schreibt uns: Am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, gelangt das mit so stürmischem Beifall aufgenommene Lustspiel „Ein idealer Gatte“ von Wads, vielseitigen Wünschen entsprechend, zur nochmaligen Aufführung.

**Schmutz.** Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen — Sonnabend — von 4 bis 7 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Freese statt.

**Obesloe.** Unter dem Verdacht des Missethatens betrogen. Zu der Verhaftung des aus Hamburg stammenden und zuletzt in Berlin wohnenden Kaufmanns Walter Binz, über die wir bereits gestern berichteten, wird noch folgendes, was unsere gestrigen Mitteilungen zum Teil berichtigt, gemeldet: Der verhaftete Walter Binz ist 35 Jahre alt. Da sein Vater, der in Hamburg Gymnasialdirektor war, sehr stark, mußte er das Studium aufgeben und Kaufmann werden. Er ging dann nach Amerika und war dort in einer großen Fleischkonservenfabrik tätig. Im Jahre 1900 kam er nach Deutschland zurück und gründete in Hamburg eine Fleischkonservenfabrik mit dem Gelde eines Hamburger Senators. Da das Geschäft große Dimensionen annahm, verlegte er die Fabrik nach Obesloe und gründete in Toronto in Kanada eine große Schlachtereier und einen Fleischkauf. Von dort bezog er zu den billigsten Preisen fast alles Fleisch, das er zu der Fabrikation benötigte. Es dauerte nicht lange, bis der Firma die Armees- und Marineleistungen übertragen wurden. In den Verträgen wurde zwar festgelegt, daß nur deutsches Fleisch verarbeitet werden dürfe; stillschweigend wurde ihm aber gestattet, auch amerikanisches Fleisch zu gebrauchen. Durch das Fleischbeschaugesetz und das Verbot der Einfuhr rissen und getrockneten Fleisches kam das Geschäft Binz in große Schwierigkeiten. Außerdem wurden von der Heeresverwaltung mehrere Beamte mit der Beaufsichtigung der Fabrikation beauftragt. Als dann noch die Chicagoer Fleischhandale eintraten, gab man noch mehr Obacht auf das Geschäft des Verhafteten, da man vermutete, daß bei ihm dieselben Mißstände beständen wie in Chicago. Damals wurden im „Simplissimus“ die Binz'schen Fleischdosen mit nagenden Ratten und Mäusen abgebildet. Das Geschäft ging sehr zurück. Binz verlor vollständig den Kopf und reiste nach Amerika. Veranlaßt wurde er zur Reise besonders durch die Eltern seiner Frau, die eine Beschönigung ihres Namens bestritten. In Amerika sahre Binz schnell festen Fuß und erlangte bald eine sehr einträgliche Stellung. Seine Familie kam nach Amerika. Einmal verließ ihn jedoch seine Frau, ohne wieder nach Amerika zurückzukehren. Bald darauf kam auch Binz wieder nach Hamburg. Er stellte sich selbst der Staatsanwaltschaft, die ein Verfahren wegen Nahrungsmittelkäuflichkeitsverletzung einleitete. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Binz reiste dann nach Berlin über und wurde Disponent der Berliner Fleischwerke. Bekannt dürfte noch sein, daß Binz seine beiden Kinder aus dem Garten seines Schwiegervaters entführte und mit einem Automobil nach Berlin brachte.

**Hamburg.** Risiko der Arbeit. Ein schwerer Baumsturz ereignete sich beim Neubau des Hauses Neuer Steinweg 50—52. Dort stürzte der Arbeiter H. Götter vom Anbau des Nachstuhls aus beträchtlicher Höhe in die Tiefe und erlitt einen komplizierten Schädelbruch. In besorgniserregendem Zustand wurde ins Hasenkrankenhaus befördert, wo er kurz nach seiner Einlieferung verstarb. G., der Breitergang 11 wohnte, ist verheiratet und hinterläßt Frau und Kinder.

**Hamburg.** Arbeitgeberschutzverband contra Maßfeier. Der Arbeitgeberschutzverband der Holzindustrie in Hamburg stand im Jahre 1906 mit der Zahlstelle Hamburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Vertragsverhältnis. Die von den Arbeitern durch Arbeitsruhe veranlaßte Maßfeier beantworteten die Unternehmer mit einer dreitägigen Aussperrung von 951 Arbeitern. Die Arbeiter machten nun die Wiederaufnahme der Arbeit in 13 Betrieben von einer Lohnaufbesserung von 5 Pf. für die Stunde abhängig, und sie verhängten zur Durchführung ihres Verlangens über die in Frage kommenden Betriebe die Sperr. Selbstverständlich unterstützte der Holzarbeiterverband seine Mitglieder durch Zahlung der Arbeitslosenunterstützung. Die Unternehmer der 13 Betriebe erhoben daraufhin einen Schadenersatzanspruch von insgesamt 6500 Mk. und ermächtigten den Arbeitgeberschutzverband der Holzindustrie, vor dem Hamburger Zivilgericht Klage wegen Kontraktbruches und Schadenersatz 1. gegen den Holzarbeiterverband, 2. gegen die Zahlstelle Hamburg, und 3. gegen Adam Neumann, den damaligen Bevollmächtigten der Zahlstelle, anzustrengen. Die Zivilkammer VIII des Hamburger Landgerichts kam in der Sitzung vom 2. Februar 1907 zu dem Zwischenurteil, die Klage gegen den Verbandsvorstand und gegen Neumann für begründet zu erklären, die Verwaltungsverhältnisse Hamburg wurde aber von der Schadenersatzpflicht freigesprochen. Dieses Urteil ist, soweit es die Verwaltungsverhältnisse Hamburg betrifft, rechtskräftig geworden, indessen legten der Verbandsvorstand sowie Neumann Berufung beim Hanseatischen Oberlandesgericht ein. Am 5. November 1908 wies diese Instanz den Klageanspruch auch gegen den Deutschen Holzarbeiterverband ab. Die Klage gegen Neumann wurde an die erste Instanz zurückverwiesen. Gegen dieses Urteil hatte Neumann Berufung beim Reichsgericht eingelegt, das am 20. Dezember v. J. über die Angelegenheit verhandelte. Zur Begründung der Revision wurde bestritten, daß eine Verletzung des Tarifvertrages durch die Arbeiter vorliege. Punkt 2 des Tarifvertrages bestimme nur die Höhe des Mindestlohnes, ein Maximallohn sei nicht festgesetzt, folglich hätten die Arbeiter auch nicht gegen den Vertrag verstoßen, als sie eine Lohnzulage von 5 Pf. für die Stunde forderten. Wenn Punkt 11 des Vertrages bestimme: „Während der Dauer dieses Vertrages dürfen von keiner Seite Forderungen irgendwelcher Art erhoben werden“, so könne diese Bestimmung nach der Verkehrssitte und nach Treu und Glauben nur auf vertragswidrige Forderungen bezogen werden, sonst würde man zu dem Resultat kommen, daß jeder Anspruch, der garnicht Gegenstand des Tarifvertrages gewesen ist und durchaus der Billigkeit entspricht, unterbleiben müßte, und schon die Erhebung der Forderung einen Verstoß gegen den Vertrag enthalten würde, selbst wenn der Anspruch von den Arbeitgebern gebilligt würde. Die Arbeits-einstellung sei nach dem Vertrage nicht verboten. Punkt 11, Absatz 3 des Vertrages, der bestimmt: „Arbeits-einstellung darf vor Entscheidung der Kommission nicht stattfinden“, beweise, daß keineswegs die Erhebung aller Ansprüche ausgeschlossen ist. Ob die Maßfeier ein Tarifbruch sei, sei nicht festgestellt, wäre aber die Maßfeier ein Tarifbruch, so wäre auch die Aussperrung ein Tarifbruch. Deides sei aber im Tarifvertrag nicht geregelt. Wenn die Aussperrung der Arbeiter ungerechtfertigt war, so mußte den Arbeitern das Recht zu Gegenmaßnahmen zugehen. Die Arbeitslosenunterstützung müßte nach dem Statut den Mitgliedern gezahlt werden. Die Unternehmer hätten im letzten Grunde ihre Schadigung durch die Aussperrung selbst verschuldet. Die Arbeiter seien durch den Tarifvertrag nicht zur Arbeit gezwungen, sie seien nur verpflichtet, so lange in Arbeit zu bleiben, als sie sich durch den Arbeitsvertrag verbindlich gemacht haben. Auch von Seiten der Unternehmer war Revision eingelegt worden, um den Holzarbeiterverband für den Schaden haftbar zu machen. Am 20. Januar wurde das Urteil des Reichsgerichts veröffentlicht. Die Revision, soweit sie auf Haftbarmachung des Holzarbeiterverbandes lautete, wurde zurückgewiesen, ebenso wurde die Revision Neumanns verworfen und zugleich erkannt, daß auch die übrigen Schadenersatzforderungen der Kläger geltend gemacht werden können.

**Stet.** Der stellvertretende Amtsanwalt als Angeklagter. Der Amtsgerichtsaktuar und stellvertretende Amtsanwalt Schuhmacher, dessen Verhaftung seinerzeit viel Aufsehen erregte, hatte sich am Mittwoch wegen Amtsvergehens vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Die Festnahme war erfolgt, weil Schuhmacher Bücher aus der Gerichtsbibliothek entwendet und eine Anzahl polizeiliche Anzeigen gegen Vorbekannt, Prostituierte usw. unterschlagen haben sollte. Heute handelte es sich lediglich um die ihm zur Last gelegte Entwendung eines Buches, der Reichsgewerbeordnung, aus der genannten Bibliothek. Der Angeklagte bestritt den Diebstahl, er will das Buch nur mit nach Hause genommen haben, um darin zu studieren. Festgestellt wurde jedoch, daß er das Buch mit dem Zeichen der Bibliothek herausgerissen und das Buch behalten hat. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis, da das Gericht, entgegen dem Staatsanwalt, nur einfache Unterschlagung für vorliegend erachtete.

**Wilhelmshburg.** Selbstmord. Als der Produktenhändler Ende, der Mittwoch von der Strafkammer in Stade wegen Sittlichkeitsverbrechen zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre verurteilt wurde, in das Gefängnis eingeliefert war, schnitt er sich den Hals durch. Der Tod trat auf der Stelle ein.

**Stargard i. M.** Das Reichsvereinsgesetz in Döbrikentlande. Hier sollte am Sonntag eine öffentliche Versammlung stattfinden, die vom Vertrauensmann der Partei vorgeschrieben worden war. Am Sonntagabend erhielt der Einberufer das nachstehende unfrankierte und mit 20 Pf. Straporto belastete Schreiben:

Magistrat. Stargard, d. 13./1. 10. Ihre Anzeige vom 12. d. M. über Abhaltung einer öffentlichen politischen Versammlung am Sonntag, d. 10. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Wirtes Strofen hier selbst ist heute hier eingegangen. Wir weisen Sie darauf hin, daß gemäß § 11 der Verordnungs vom 9. Februar 1906 über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage die Abhaltung der Versammlung vor 4 Uhr nachmittags unstatthaft ist und hiermit untersagt wird.

Der Magistrat. F. Gilman. Der Parteisekretär für Mecklenburg teilte nun dem Stargarder Magistrat mit, daß seit dem 15. Mai 1908 ein Reichsvereins- und Versammlungsgesetz bestiehe, das auch für Mecklenburg Geltung habe, da die beiden Mecklenburg zweifelslos Teile von Deutschland seien. Die Versammlung werde also unbeschadet des § 11 der Verordnung von 1906 stattfinden. Und die Noten hielten Wort. Die Versammlung fand statt. Man sah denn auch sofort, daß es sich um keine „gewöhnliche“ Versammlung handelt, denn sie war für Stargarder Verhältnisse außergewöhnlich stark besucht. Natürlich verfehlte unser Referent nicht, die Gesetzeskenntnis des Stargarder Magistrats ins gebührende Licht zu setzen. Denselben Streich vollführte eine Woche vorher in dem Strelitzschen Städtchen Feldberg der „Landdrost“ vor der Laufen. Auch er „verbot“, die Versammlung vor 4 Uhr nachmittags zu eröffnen. Die Parteigenossen versuchten in diesem Falle genau so wie im Falle Stargard. Die Versammlung fand zur festgesetzten Zeit statt. Wenn die Sozialdemokratie in Mecklenburg-Strelitz so weiter wirkt, ist zu hoffen, daß gewissen Leuten noch die Kenntnis deutscher Reichsgesetze beigebracht wird.

**Endvulgust.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Montag nachmittag auf dem hiesigen Bahnhof. Der Bremser Schuldt war mit dem Kleinwagen der Weichen bedienstet, als auf denselben Gleis ein von Hamburg kommender Güterzug eintraf. Sch. räumte das Gleis und kam wahrscheinlich rückwärts schreitend und den Güterzug im Auge behaltend, auf das Nachbargleis, das gerade vor einem Rangierzug befahren wurde. Dieser fuhr direkt über den Gehirzen hinweg, den Körper im Rumpf vollständig zerteilend. Der Vermunglückte war nach wenigen Augenblicken tot. Ein Verschulden erweist andere Bahnbeamte nicht. Schuldt ist 26 Jahre alt und hinterläßt eine Frau mit einem etwa einjährigen Kinde.

**Moskau.** Von dem Chemann und der eigenen Mutter ermordet. Die Untersuchung über die Ermordung der Ehefrau des Sattlers Wilhelm Diederichs hat jetzt ergeben, daß nicht nur der Mann, sondern auch die Mutter der Ermordeten an der Tat beteiligt gewesen ist. Wie Diederichs jetzt erklärt, hat er seine Frau in Gegenwart seiner Schwiegermutter und mit deren Unterstützung umgebracht. Nach seiner Darstellung hat er zunächst zwei Revolverkugeln auf seine Frau abgegeben. Als sie nicht sofort tot war, verlegte er ihr einen Messer in die Brust; dann schnitt er ihr die Schlagadern der beiden Handgelenke auf, während die eigene Mutter ihre auf einem Stuhle sitzende Tochter festhielt. Als sie immer noch nicht sterben wollte, hängten der Chemann und die Mutter sie auf. Die Schwiegermutter verließ das Haus und ließ ihren Schwiegersohn mit der Leiche in der Wohnung zurück. Diederichs gibt an, daß er die grausige Tat mit Hilfe seiner Schwiegermutter in nüchternem Zustande verübt habe; erst später habe er sich um sich zu betäuben, einen Rausch angetrunken. Als seine Schwiegermutter nachmittags wieder nach Hause kam, stand Diederichs vollständig betrunken am Ofen. Die große Mutter wurde auf Grund der Aussagen Diederichs ebenfalls verhaftet; sie ist im großen und ganzen geständig. Beide behaupten, Frau Diederichs habe ausdrücklich verlangt, getötet zu werden. Es steht zweifelslos fest, daß sie an Gemütskrankheit gelitten hat; sie war deshalb schon wiederholt in Pflegeanstalten und auch in der Irrenanstalt untergebracht. Aus diesem Grunde befanden sich die beiden Kinder des seit neun Jahren verheirateten Ehepaares auch nicht bei den Eltern, sondern waren von Verwandten aufgenommen worden.

**Schiffsnachrichten.** In Travemünde angekommene Schiffe. Donnerstag, 20. Januar. D. Westkusten, Kap. Larsson, von Kopenhagen, 13 St. D. Schwarz, Kap. Schacht, von Fehmarn, 3 St. Von Travemünde abgegangene Schiffe. Mittwoch, 19. Januar. D. Majaden, Kap. Stenick, nach Kopenhagen. Johannes Rufs, Kap. Böse, nach Hamburg. D. Meta, Kap. Ehler, nach Fehmarn. Luna, Kap. Riemhöffel, nach Rotterdam. Schiffsbewegungen. D. Rurik ist gestern mittag von Soelwesborg auf hier abgegangen. D. Finland ist gestern vormittag von Wbo auf hier abgegangen. Verantwortlicher Redakteur: Paul Döwig. Verleger: F. H. Schwan. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Inventur-Ausverkauf.

Freitag — Sonnabend — Sonntag  
im Parterre auf Extra-Tischen ausgelegt.

ca. 1000 Stück Normal-Unterzeuge

für Herren, Damen und Kinder

teilweise für die Hälfte des früheren Wertes.

## Rudolph Karstadt.

### Central-Biograph

Mühlenstraße, Ecke Königstr.

Zur Aufführung gelangt das neue hervorragend schöne Programm dieser Woche.

Die Verzeihung.  
Hochzeit des Milchkurierers.  
Der Angestellte.  
Traum des Anglers.  
Der eingetriebene Gut.  
Die Ehre des Gendarmen.  
Ein Kinderherz.  
Straßenjungen.  
Besuch des Wetters.  
Nachwirkungen einer Wahlzeit.  
Hoffenmensch.

**Die Verdammung.**  
Bündelbar fol. Drama.

### Holsten-Automat

G. m. b. H.

Holstenstr. 14.

Warme und kalte Speisen  
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.  
Helles u. dunkles Bier 10 Pf.

Fremden und hiesigem Publikum  
bestens empfohlen.  
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

### Hansa-Theater.

Täglich 8 1/4 Uhr:

Heute Freitag  
zum letzten Male!

Des Riesenerfolges  
halber prolongiertes  
Gastspiel

### Donnerwetter tadellos.

Gr. Imm. Ausst.-Revue in 8 Bildern  
mit Ges. u. Bail. v. Julius Freund.  
Musik von Paul Lincke.

**3 große Balletts**

Eine wahre Pracht an  
glänzender Ausstattung  
u. feenhaften Lichteffekten.

Sonnabend zum ersten Male:  
**Manöver und Vogelballett**

# Inventur-Ausverkauf.

Die Preisermässigungen sind enorm.

Ein Posten **Buckskin-Hosen** Stück 275 Mk.  
Wert bis 6.00

Ein Posten **Arbeits-Hosen** Wert 220 240 280 Mk.  
3.00 3.90 4.50

Ein Posten **Knab.-Hosen** für 10-14 J. 60 70 80 Pf.  
Wert 1.20 1.80 2.50

Ein Posten **Loden-Joppen** auf Futter 350 bis 1000 Mk.  
Wert 6.00 bis 15.00

Ein Posten **Herren-Anzüge** 1000 bis 2800 Mk.  
Wert 15.00 bis 40.00

Ein Posten **Arbeits-Westen** 130 Mk.  
Wert 2.60

Ein Posten **Häuschen m. Leibchen** für 2-8 J. 95 Pf.  
Wert 1.80

Ein Posten **Knaben-Blusen** 2-8 Jahre 90 Pf.  
Wert 1.90

Ein Posten **Barchent-Hemden** 88 Pf. bis 135 Mk.  
Wert 1.30 bis 2.00

Ein Posten **Normal-Hemden** Größe 4, 5, 6 165 Mk.  
Wert 2.50

Ein Posten **Barch.-Knab.-Hemd.** 1-4-6 J. 6-8 J. 8-12 J. 40 50 75 Pf.

Ein Posten **Jagdwesten** 180 bis 650 Mk.  
Wert 2.50 bis 9.00

Ein Posten **woll. Unterhosen** u.-Jacken 50 bis 95 Pf.  
Wert 1.40 bis 2.50

Ein Posten **Oxford-Hemden** 150 Mk.  
Wert 2.60

Ein Posten **Trikot-Röcke** 150 Mk.  
Wert 2.30

Ein Posten **gestr. Damen-Jacken** rosa, weiß 85 Pf.  
Wert 1.60

Ein Posten **Kinder-Jacken** rot, weiß 135 Mk.  
Wert bis 3.50

Ein Posten **Kinder-Schürzen** 45-70 cm 95 Pf.  
Wert bis 2.40

Ein Posten **Handtücher** extra billig 25 30 40 50 Pf.

Ein Posten **Hemdentuch** grobläd. 3 m 5 m 10 m 110 185 370 Mk.

Ein Posten **geschn. Bettbezüge** Chellas und 250 Mk.  
Satin Wert bis 3.75

Ein Posten **Bett-Inlett** echt rot 140 Mk.  
Wert 1.80

Ein Posten **Betttücher** doppeltbreit 135 bis 180 Mk.

Ein Posten **weiß Bett-Satin** Meter 85 bis 95 Pf.

Ein Posten **fertiger Betten** . . . 22<sup>50</sup> 27<sup>00</sup> 35<sup>00</sup> Mk. **Außerordentlich günstiges Angebot.**

Ein großer Posten **Reste für Kleider, Schürzen, Bettbezüge usw.** teils für die Hälfte des regulären Wertes.

Günstige Gelegenheit für Einkäufe ganzer Aussteuern, sowie zur Konfirmation.

## Bahr & Umlandt Breitestr. 31.

### Achtung! Hafenarbeiter!

Gemeinschaftliche  
**Mitglieder-Versammlung**  
Sonnabend, 22. Jan.

abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Abrechnung vom 4. Quartal 09  
und Jahresabrechnung.  
3. Wahl von Kartellbelegierten.  
4. Verschiedenes.  
Um recht zahlreiches Erscheinen der  
Mitglieder ersucht  
Der Vorstand.

### Konzerthaus „Flora“.

Sonntag, den 30. Januar 1910.

**Männer-Gesang-Verein**  
Vorwärts, Schwartau.

Einladung zum  
**humoristischen Kappenfest**

mit Ball  
Sonntag, den 23. Januar,  
im Lokale des Herrn Biquardt,  
Hotel Kronprinz.  
Eintritt 1 Mk., eine Dame frei.  
Kassenöffnung 6 1/2. Anfang 7 Uhr.  
Das Komitee.  
Alle umliegenden Bundesvereine  
sind freundlichst eingeladen.

Voranzeige.

Sonntag, den 6. Februar:

**Tanzmusik.**

Stodelsdorf. E. Rottgardt.

Stadthallentheater.

Sonntag, 23. Januar. 7 1/2 Uhr.

**Ein idealer Gatte.**

Lustspiel von Oskar Wilde.  
Vorverkauf täglich in den bekannten  
Stellen bei Nagel, Markt 14, und  
Rob. Rohlmart 13.

### Neues Stadttheater.

Sonnabend, 22. Januar. 7 Uhr.  
Voll-Ab. 110. Sonnabend-Ab. 18.  
Erhöhte Preise.

Gastspiel des Kgl. Kammerjägers

**Alois Pennarini**

vom Hamburger Stadttheater.

**Siegfried.**

Musikdrama von Wagner.

Sonntag, 23. Jan. Nachm. 3 Uhr.

3. Volksvorstell. Jeder Bl. 50 Pf.

**Wallenstein I. Teil**

Die Piccolomini. Von Schiller.

Vorverkauf heute Freitag u. Sonn-  
abend je 8-9 Uhr abends an der  
Theaterkasse. Alle Bl. w. ausgelost.

Sonntag, 23. Jan. Abends 7 1/2 Uhr.

**Der fidele Bauer.**

Operette von Leo Fall.

## Morgen.

Von Gottfried Keller.

So oft die Sonne aufersteht,  
Erneuert sich mein Hoffen  
Und bleibet, bis sie untergeht,  
Wie eine Blume offen;  
Dann schlummert es ermatet  
Im dunklen Schatten ein,  
Doch eilig wacht es wieder auf  
Mit ihrem ersten Schein.

Das ist die Kraft, die nimmer stirbt  
Und immer wieder streitet,  
Das gute Blut, das nie verdirbt,  
Geheimnisvoll verbreitet!  
So lang noch Morgenwinde  
Voran der Sonne wehn,  
Wird nie der Freiheit Fechterchar  
In Nacht und Schlaf vergehn!

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 20. Januar 1910.

21. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Vizepräsident: von Schoen, Disco.

Der Freundschafts- und Handelsvertrag mit Bolivien wird in dritter Lesung nach einigen Bemerkungen des Abg. Manz (FvP.) angenommen.

### Der Reichsjubiläum.

Die zweite Beratung des Staats beginnt mit dem Titel: Gehalt des Staatssekretärs (44000 Mk.).

Dr. Belzer (Z): Wir wünschen nachdrückliche Förderung der Strafrechtsreform und teilen auch den im Antrag Abiaz ausgesprochenen Wunsch nach Sicherung der Auszubildenden der Tarifgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sehr notwendig ist es, wie wir in einem Antrag verlangen, daß bei Ausschluß der Öffentlichkeit vor Gericht auch die Presse ausgeschlossen wird. Der sozialdemokratische Antrag, das unpfändbare Einkommen auf 2500 Mk. zu erhöhen, ist für uns ganz undiskutabel. Man soll nicht nur an den Schuldner, sondern auch an den Gläubiger denken. (Sehr richtig! i. Z.) Wir wünschen ferner ein einheitliches Vergleichen. Auf dem Gebiete der Luftschiffahrtsgesetzgebung ist Frankreich uns voraus. Wir sollten eine Kommission für diesen Zweck einsetzen. (Bravo! im Zentrum.)

Giese (K.) wünscht Entlastung des Reichsgerichts, aber nicht durch Vermehrung der Senate, sondern durch Einschränkung der Möglichkeit der Revision und Berufung, und schließt mit einem Gedankwort auf das bürgerliche Gesetzbuch anlässlich seines zehnjährigen Bestehens. (Bravo! rechts.)

Dr. Junck (M.) betont die Notwendigkeit eines Reichsvertrages, die Forderung einer Luftschiffahrtsgesetzgebung komme etwas verfrüht. Nicht nur der Strafprozeß, auch der Zivilprozeß bedürfe der Reform. Die Entlastung des Reichsgerichts dürfe nicht auf Kosten der Rechtseinheit geschehen.

Staatssekretär Dr. Disco: Der Entwurf, betreffend die Entlastung des Reichsgerichts, wird, hoffe ich, Mitte Februar dem Reichstage zugehen. Die Angelegenheit des Tarifvertrages behalte ich im Auge. Die Ausschließung der Öffentlichkeit ist Sache jedes Gerichtshofes im einzelnen Falle. Die Verwaltung könnte nur die Staatsanwälte anweisen und

ihnen für ihre Anträge eine Richtschnur geben. Auf den vom Abg. Junck erwähnten Fall Hellfeld einzugehen, verbietet mir der Umstand, daß der Fall zurzeit noch dem Kompetenzgerichtshofe vorliegt.

Dove (FvP.) hält Sparfahrlast im Punkte der Sachverständigengebühren für wenig angebracht. Zu den heutigen Sätzen seien Gutachten von Autoritäten kaum zu bekommen. Die paar Millionen können leicht am Militär- und Marineetat geschart werden. (Sehr richtig! links.) In der Frage der Schiffahrtsabgaben sollte das Reichsjustizamt gegen die Verleugung der Reichsverfassung auftreten. Es sollte ferner in Erwägung ziehen, ob das terroristische Auftreten des Kall-syndikats nicht ein Eingreifen der Gesetzgebung rechtfertigt. Die Frage der Entlastung des Reichsgerichts kann nicht durch Einschränkung der Revision gelöst werden. Im Kampfe gegen die Schmutzliteratur sind wir alle einig. Es fragt sich aber, ob mit Gesetzen etwas zu erreichen ist. (Sehr wahr! links.) Gesetzesbestimmungen führen leicht zu Mißgriffen, da die Ansichten über das Anstößige weit auseinander gehen. (Beifall bei den Freil.)

Heine (SD.): Ich danke dem Herrn Staatssekretär, daß er mit der Versicherung geschlossen hat, daß er immer eintreten werde für das, was recht sei. Wir werden Gelegenheit finden, ihn daran zu erinnern. Ich fürchte öfter, als ihm lieb ist. Der Herr Staatssekretär hat gestern gesagt, man müsse sich in diesem Hause der Kritik richtiger Urteile enthalten. Er sagte es sogar in einem schroffen schulmeisterlichen Ton. Nach den Äußerungen des Auswärtigen Amtes zu dem Urteil in Sachen Hellfeld sollte der Herr Staatssekretär solche Mahnungen lieber an das Auswärtige Amt richten. (Heiterkeit links und Sehr gut! b. d. Soz.) In der Frage der Entlastung des Reichsgerichts stehen wir auf dem Standpunkt — und wir werden ihn auf das entschiedene vertreten — daß die Prozesse um kleine Objekte, die Prozesse des Volkes, der obersten Instanz nicht entzogen werden dürfen. (Zustimmung b. d. Soz.) Der Abg. Waizer ist auf die pornographische Literatur eingegangen. Es dient aber dem Ansehen des deutschen Volkes keineswegs, wenn man es immer so darstellt, als ob das Volk durch große Verbreitung von Schmutzschriften geradezu vernebelt sei. — Durchaus verwerflich ist jeder Versuch, in Strafsachen die Öffentlichkeit noch mehr einzuzufranken. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es ist doch durchaus unbedenklich, wenn die Presse in taktvoller Weise über solche Verhandlungen berichtet, bei denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Natürlich soll man der Jugend nicht jede Tageszeitung in die Hand geben, namentlich nicht jene Presse, die gerade solche Sachen breitbringt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nicht durch Gesetze, sondern durch gute Erziehung und Volksbildung kann man hier etwas erreichen. Aber was tun unsere Schulen und die Behörden, die sich die Aufsicht über die Literatur anmaßen. Ich erinnere an das Vorgehen gegen den Verein für Volksbildung. Man versucht mit aller Gewalt, der Jugend die wirklich erzieherische Literatur vorzuenthalten. Man will sie auf das Niveau der Traktatliteratur bringen, aber gerade die Traktatchen auf der einen Seite haben auf der anderen die Pornographie zur Folge. Denn Geist und Phantasie brauchen Anregung, und verlagert man der Jugend starke, gesunde, geistige Nahrung, so greift sie zu dem, was sie für einen Ersatz hält, zum sexuell Aufregenden. (Sehr gut! links.) Erst gestern ist hier davon gesprochen worden, wie die Bildungsbestrebungen, wenn sie wirklich vom Volke ausgehen, wenn sie von meinen Parteigenossen, von den Bildungsauswickeln usw. ausgehen, auf alle mögliche Weise politisch verfolgt werden. Wenn man den jungen Leuten alles verschließt, was alle Welt interessiert, was ein bißchen die Politik berührt, dann bleibt ihnen nichts übrig als zur pornographischen Literatur zu greifen. (Sehr wahr! links.) Den Vorentwurf zu einem Strafgesetzbuch bezeichnete der Staatssekretär neulich als Privatarbeit, aber es haben doch

Mitglieder des Justizamtes in der Kommission mitgewirkt und er ist auf Anordnung des Justizamtes veröffentlicht. Leider scheint es, dieser Entwurf hat außerdem noch Mitarbeiter hinter den Kulissen gehabt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Als Herr Hülow vor einem Jahre im Landtag behauptete, daß das Umstranzgesetz gescheitert wäre, meldete die Presse, er habe dies nur gesagt, um gewisse hiesige Kreise zu beschwichtigen, welche vom Entwurf zum Strafgesetzbuch eine Freierklärung der politischen Auflagen und verschärfte Strafbestimmungen im Sinne der Umstranzvorlage verlangten. Wer das glaubte, ist durch den Entwurf zum St.-G.-B. eines Besseren belehrt und wird erkennen müssen, daß jene Befürchtungen mehr als berechtigt waren. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Entwurf mag auf der einen Seite anerkanntswürdige Fortschritte enthalten. In bezug auf die Milderung der Strafen sind gewisse Fortschritte vorhanden, das ist dankenswert. Aber auf der anderen Seite enthält das Gesetz Rückschritte gefährlicher Art, die weit über das hinausgehen, was das Umstranzgesetz von 1894 sich erlaubte vom Reichstage zu verlangen. (Hört, hört! bei den Soz.) Und selbst auf dem Gebiete, das Fortschritte bringt, ist vieles noch unbefriedigend. Die Verhältnisse haben sich in den 60 Jahren des jetzt bestehenden Gesetzes so verändert, daß es wirklich großen Fortschrittes bedarf, um nicht doch noch zurückzubleiben. So entschließt man sich noch immer nicht zur Abschaffung der Todesstrafe. Die Bestimmungen über die Todesstrafe schlagen dem öffentlichen Empfinden ins Gesicht. Wir halten daran fest, daß ihre Abschaffung eine kulturelle Aufgabe ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Büßgeldstrafe ist ja glücklicherweise abgelehnt, aber der Entwurf bringt doch Strafschärfungen von folterähnlicher Art, wie Kostenverminderung, harte Lagerstätten usw., was wir bisher nicht hatten. Die Regelung der Beirathung im Rückfall ist zu rigoros, überhaupt ist die Festsetzung von Mindeststrafen falsch. In vielen Fällen erweist die Mindeststrafe dem Richter zu hart. Auf das Thema der Klassenjustiz will ich heute nicht eingehen, aber sicherlich darf man mit dem diskretionären Ermessen der Richter nicht so weit gehen, denn es ist unumgänglich, daß sich jemand über die Vorurteile seiner Klasse hinwegsetzt, daß ihre Interessen den einzelnen nicht beeinflussen. Um so bedauerlicher ist es, daß der Entwurf dieses richterliche Ermessen bei politischen Prozessen noch erweitern will. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Magdon hat gestern ein Lob auf das Vereinsgesetz ausgesprochen. Manches Mißliche ist in der Tat darin. Das beste ist, daß die Strafbestimmungen mäßig sind und daß die Bestimmung befristigt ist, wonach jeder befristet wurde, der sich bei einer Versammlungsausschließung nicht sofort entfernte. Bisher konnte nun ein „Aufschieben“ nur auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden. Dies hat aber der neue Entwurf ganz unvermerkt durch die Bezeichnung des „öffentlichen Ortes“ ergänzt, und aus den Motiven geht klar hervor, daß hiernach auch Leute bestraft werden sollen, die sich aus einem Lokale nach Aufforderung eines Polizeibeamten nicht sofort entfernen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Also, was das Vereinsgesetz betrifft, das soll hier wieder eingeführt werden! Ich habe nur Stichproben geben wollen. Aber alles, was ich von dem Gesetze kenne, erfüllt mich mit tiefem Mißtrauen gegen den Entwurf als Ganzes. Das Schlechte darin ist so gefährlich, daß es das Gute mehr als aufhebt. Wir verlangen, daß der Reichstag nicht duldet, daß die Einführung zeitgemäßer Verbesserungen dazu benutzt wird, uns politisch auf den Zustand von 1848 zurückzubringen. Man nehme das Gute heraus und lasse im Reichstage und in der Öffentlichkeit keinen Zweifel, daß, wenn die Reaktion kommt und Verschlechterungen verlangt, man ihr zuruft: Satan pack dich! (Leh. Bravo! b. d. Soz.)

v. Dzierzowski (Vomian (N.): Der Reichstag soll ein Hort des Rechtes sein, ich richte deshalb meine Aufmerksamkeit auf die offenen Regierungserklärungen hier und im

## Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern von A. Otto Walster.

150. Fortsetzung.

„Muß haben ein schönes Geld, ein sehr schönes Geld.“

„Das können Sie sich denken, die Revolution allein kostet ihm gegen 80000 Taler.“

„Gott der Gerechte, wie kann einer umgehen so leichtsinnig mit dem sauer erworbenen Geld. Aber wenn das Geschäft nicht so werde ich auch nicht bleiben hier. Bin ich doch nur gewesen der Agent des Herrn Seidenpinner, um zu sehen, ob ist zu machen ein Geschäft mit jungen, reichen und leichtsinnigen Herren, welche kommen leicht hier herauf.“

„Und da haben Sie sich so lange hier oben einsperren lassen?“

„Kann ichs haben besser wie hier? Spare ich nicht hier Wohnung, Heizung und Licht, habe mein Essen so billig wie unten, alles in allem 9 Groschen den Tag und sitze mitten im Geschäft?“

„Schöne Geschichten, schöne Entdeckungen, und zu allem diesen ist das Gericht gut genug, rief Frank, „aber nun, lieber Herr Schwiegerpater in spe, noch eine wichtige Mitteilung; wissen Sie schon, daß Dr. Raffmaus durchgebrannt ist?“

„Nicht möglich! Die schöne Praxis, ach, das kann ja gar nicht sein.“

„Können Sie sich nicht erinnern, daß der verstorbene Howald ein Testament durch Raffmaus aufnehmen ließ?“

„Ja, ja, ich erinnere mich dessen, es war vor vier Jahren.“

„Nun, dieses Testament sollte er in einem Exemplar im Rathhaus niederlegen.“

„Und das hat er nicht getan?“

„Dat er nicht getan, sondern ein solches Testament beharrlich abgelehnt, bis man in seiner Expedition Nachforschung hielt und im Dokumentenschrank das Testament fand.“

„Merkwürdig, ich dachte mir immer, er hätte es an den jungen Howald verkauft.“

Das hat er, aber nicht das Original. Ihr Nachfolger, Habicht, der übrigens ein ausgezeichnetes Kerlchen ist, war der ganzen Sache schon längst auf der Spur, er hat hinter den Rücken von Raffmaus den Schrank von seinem Bruder öffnen lassen, hat das Papier herausgenommen, es zweimal kopiert, einen Abdruck vom Siegel in Gips genommen, um

es auch den Kopien mitteilen zu können, eine Kopie wieder in das Fach gebracht, welche an den jungen Howald, ohne daß ihr Prinzipal die Verwechslung merkte, verkauft wurde, und später, als Raffmaus mit der gerichtlichen Durchsuchung bedroht war, das Original wieder hineinpraktiziert, sodas es gefunden wurde.“

„Nun, da haben wir's, ich habe diesem Habicht nie getraut.“

„In schlechten Unternehmungen darf man ihm allerdings nicht trauen, aber in allen guten, und das hat doch sicher sein gutes. Abirgenis hat er Sie gründlich an Raffmaus gerächt, das mag Ihnen zur Genugtuung gereichen.“

„Es tut mir aber doch leid um den Mann, er mußte das Geschäft so gut zu leiten, und ich habe so viele Jahre mit ihm gearbeitet.“

„Nun, dann bedauern Sie ihn, Sie werden so wie so der einzige sein. Wissen Sie übrigens, daß der Möbelfabrikant Kollfuß von unserem Freunde Streit einen richtigen Säckelbich bekommen hat, der ihm unter anderem das eine Ohr gründlich abgehauen?“

„Um den Menschen ist's nicht schade,“ meinte Mustelich, „sehen Sie, das ist hübsch, da sind wir doch schon einmal einer Meinung. Aber wie ich sehe, sitzen Sie hier alle im Trocknen, es fehlt wohl sehr an Moneten?“

„Veergebrannt ist die Stätte,“ versicherte der Mime.

„Nun, dann werde ich in die Bresche treten. Aber horch! da tönt die Glocke, sollten wir neuen Zuwachs bekommen?“

„Hurra!“ rief der Leutnant, „unser Biertellos hat gewonnen, es ist der Lotteriekollekteur!“

„Haben Sie denn gespielt?“ fragte Frank verwundert.

„Jawohl, und zwar mit der Bestimmung, daß der Gewinn unter die gerade in Wechselhaft befindlichen verteilt werden soll. Sie gewinnen also mit.“

„Aber ich habe ja nichts dazu gegeben?“

„Dafür haben viele gegeben, die jetzt abgegangen sind und nichts bekommen.“

„Nun, da geht es mir ja gerade wie dem alten Mütterchen, das immer nach ihrem Gewinne fragte, obwohl sie nie spielte, und endlich doch gewann, weil ein Menschenfreund heimlich für sie ein Los bezahlte.“

Der Lotteriekollekteur war es in der Tat, der jetzt eintrat und mit freubestrahendem Blick rief: „Meine Herren, ein großes Glück für Sie alle. Was geben Sie mir?“ „Hundert Taler!“ rief der Leutnant lähn. „Ein Prozent,“ sprach Levy bedächtiger.

„Das eine Prozent wäre mir lieber,“ erklärte der Kollekteur, „soll ich's haben?“

„Zugestanden,“ riefen alle, und nun fragte der Kollekteur, indem er die Liste hervorzog: „24809?“

„Das stimmt,“ erklärte Levy, der hastig das Los hervorgezogen hatte.

„Die Nummer hat das große Loos, von dem als vierter Teil 62000 Taler 23 Groschen und 6 Pfennige auf Ihren Anteil fallen.“

„Nun, da hört wirklich alles auf,“ rief Frank; „seit 27 Jahren wird von diesem Lokal aus in die Botterie gesetzt, und außer 8 bis 9 kleinen Treffern immer Meien. Ich lasse mich heute aus Unfinn für die Dauer eines Tages, wie ich mir vorgenommen, hersehen, und gewinne 12000 Taler. Das ist bei meinem vielen Pech nun wirklich vor meinem Ende; ich bin überzeugt, daß mich da beim Fortgehen in der nächsten Straße ein Ziegel vom Dache toschlägt; aber, Herr Mustelich, ich heirate Ihre Tochter dennoch. Und ansgesichts dieses willkürlichen Spiels des Zufalls sage ich abermals und abermals, die tödssinnige Einrichtung mit dem Gelde muß abgeschafft werden.“

„Wenn die Herren vielleicht schon heute eine kleine Summe als Abzlagszahlung zu haben wünschen, sehe ich gern mit einer Summe zur Verfügung,“ bemerkte der Kollekteur verbindlich.

„Werden wir nicht haben nötig,“ erklärte Levy, „werde selber stehen zu Gebote mit 200 Talern, mit tausend oder zweitausend, ganz ohne Zinsen, wie Sie befehlen.“

„Nun, dann, Herr Meyer,“ rief Frank, „haben Sie die Güte und schicken Sie uns ein solides Abendessen herauf, was Sie gerade Gutes vorfinden; dazu soviel Chateau Margaux als Sie glauben, daß fünf Mann brauchen, um die Nacht durchzutrinken; ferner fünf Flaschen Champagner, zehn Lot gebrannten Kaffee und sechs Heringe für den Kakenammer morgen früh. Das alles in eine Kiste, die mit den Worten: „die Sachen von Herrn Frank“ abgegeben werden müssen. Punkt 10 Uhr morgen früh schicken Sie uns fünf zweispännige Wagen mit Dienern hintenauf, damit die Wechselarrestanten standesgemäß ausfahren können. Binnen kurzem wird der ganze Schwindel geschicklich abgeschafft sein, und es ist gut, wenn die Leute von diesem Institute eine möglichst gute Nachrede führen können. Wollen Sie das pünktlich besorgen, so sollen Sie bei dem Volksfeste, welches wir heute über vierzehn Tage, dem Tage meiner Hochzeit, wenn Sie nichts dagegen haben, Herr Mustelich, in Haffelbach und Bleichungen feiern werden, als Gast des Komitees gehalten werden.“

Landtage, wonach den Polen gegenüber Gewalt vor Recht geht. Neuerdings nennt sich diese Auffassung sogar eine philologische. (Weiterkeit) Sehr gut! bei den Polen und Co.) Redner polemisiert gegen die Spikfindige, dem Volke völlig unverständliche Rechtsprechung des Reichsgerichts und bekämpft die Einschränkung der Revisionsmöglichkeit. Diese mache die Prozeßführung zur reinen Lotterie. (Beifall bei den Polen.)

Dr. Barenhorst (Rp.) wünscht, daß Herr Visco den vorzüglichen Spuren Niederbings folgen möge, tritt für Erhöhung der Zeugen- und Sachverständigen-Gebühren ein, und empfiehlt reichsgerichtliche Regelung der Haftung der Eisenbahnen.

Werner (N.): Auf diesem Juristentage will auch ich als Laie einige Worte sagen. (Weiterl.) Redner protestiert dagegen, daß der „Baron de Schoen“ ein deutsches Gerichts-urteil kritisiert habe, und wird vom Vizepräsidenten Dr. Spahn deshalb ersucht, den Staatssekretär bei seinem richtigen Namen zu nennen. Er wendet sich dann dagegen, daß man Leute in der Voruntersuchung ohne dringende Kollisionsgefahr einsperrt, und spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß auch in Zukunft Juden nicht Reichsgerichts-räte werden. (Weiterkeit.)

Dr. Becker-Köln (Z.) weist darauf hin, daß sogar freie Länder wie England und Amerika die Todesstrafe haben, und bestreitet die Existenz einer Klassenjustiz. Im Gegenteil, manche Richter verurteilen, um nur ja nicht parteilich zu erscheinen, die Angeklagten aus den nicht staats-erhaltenden Parteien zu milde.

Dr. Blach (Npt.) spricht zunächst über den Begriff des Schmutzigen in der Kunst, den zu definieren man am allerwenigsten den Schulheuten überlassen könne. (Sehr richtig! links.) Das geringe Interesse des Volkes für die Verhandlungen über die Justizgesetze sei auffallend, und die Popularität der Gerichte scheine in den letzten Jahrzehnten sehr abgenommen zu haben. Bei Vernehmung von Beamten als Zeugen fänden Richter oft ihre Hauptaufgabe darin, diese zu schützen, und die Staatsautorität zu wahren. (Hört, hört! links.) Dringend nötig ist eine Korrektur des Polizeirechts. In Hannover wurde ein Mann mit 3 Mk. bestraft, weil er seinen Acker am Grün-Donnerstag gepflügt und damit die Kirchenerordnung von 1550 übertreten hatte. Solche Vorgänge beweisen, wie dringend eine einheitliche Festlegung nottut. (Sehr richtig! b. d. Freisinnigen.)

Hiermit schließt die Diskussion. Der Titel, sowie debatte-los der Rest des Etats werden bewilligt.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr (Etat des Reichsbahnamts und Nachtragsetat für 1909.) Schluß 6 1/2 Uhr.

## Aus der Partei.

**Kandidatenaufstellung zur Reichstagswahl.** In einer Kreisgeneralsammlung der Parteigenossen des Reichstags-wahlkreises Gebweiler (4. Elsaß-lothring. Kreis) wurde als Reichstagskandidat der Parteigenosse August Wick, Arbeiterssekretär in Mühlhausen, aufgestellt.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Streit der Mälkutscher.** Die Mälkutscher, Schaffner und Verladearbeiter von der Wirtshaus-Genossenschaft Berliner Grundbesitzer, e. G. m. b. H., haben vorgeschlagen Differenzen halber am Montag die Arbeit niedergelegt. Es haben inzwischen Verhandlungen stattgefunden, auf Grund deren die Arbeiter am Donnerstag früh wieder aufgenommen werden. Die Verhandlungen, welche noch nicht endgültig zum Abschluß gekommen sind, werden am Donnerstag vormittag zwischen der Verhandlungskommission der Arbeiter und der Direktion fortgesetzt.

**Polizeiliche Streikvorfrage.** In Luckenwalde, wo die Holzarbeiter seit vielen Wochen in einem von beiden Seiten mit großer Erbitterung geführten Kampfe stehen, hat die Polizeiverwaltung der Streikleitung die folgende Ver-fügung erteilt:

Es wird Ihnen folgendes zur Mitteilung an die streikenden Tischler bekannt gegeben:

1. Es sind gestern erneut schwere Überfälle auf offener Straße erfolgt und ist deshalb Gendarmerie zu Hilfe gezogen.
2. Streikposten werden nur in Stärke von 1 oder 2 Mann gebildet. Agitieren Sie irgendwie, geben Sie z. B.

„Ich werde alles pünktlich ausführen, meine Herren,“ versicherte der Kollekteur und eilte von dannen.

„Und nun, meine Herren,“ rief Frank, „sagen Sie mir, was werden Sie, befreit von dieser Stätte der Klage, die bald nicht mehr sein wird, weil die Abschaffung der Schuldhaft der erste und notwendige Schritt zu humaneren, vernünftigeren und sittlicheren Zuständen sein wird, beginnen. Vers nicht sagen will, brauch's nicht zu sagen, das versteht sich von selber, und mit dem sind wir dann fertig.“

„Wenn Herr Mensch als der Erbe von Herrn Seiden-spinner will aussetzen für mich und verbürgen 400 Zaler jährlich, so lange ich lebe, will ich geben das Geld für die Unterstüzung Ihrer Genossenschaft, so mag mir Gott helfe, weil ich schon lange daran gedacht habe, etwas zu tun für die Gemeinde der Menschen.“

„Schön, Herr Levy, und Ihr Lebensabend wird Ihnen dadurch nur um so friedlicher und tröstlicher erscheinen. Wenn Sie sonst Lust haben, etwas Nützliches zu tun, so können Sie Herrn Wandel im Konsumverein unterstützen, der jetzt alle Hände voll zu tun hat. Und Sie, Herr Mustelich?“

„Ich will, wenn meine Schulden bezahlt sind und ich eine Buchhalterstelle bekommen kann, das übrige, was mir bleibt, dem Genossenschaftsgeldscheit leihen und zwar zu den üblichen Zinsen“, erklärte dieser.

„Und mit der Heirat sind Sie einverstanden?“

„Ich habe Ihnen mein Jawort schon gegeben.“

„Schön, schön, und Sie, Herr Sommer?“

„Ich bin bereits Genosse und bleibe es mit allem, was ich kann, habe und noch bekommen werde.“

„Ganz vortrefflich; und nun bleiben nur Sie noch, Herr Molinaro?“

„Werde ich denn bei Ihrer Genossenschaft auch ein Plätzchen finden?“

„Bei unserem Genossenschaftstheater ganz unbedingt.“

„Aber dann verfügen Sie über mich, ich sehe mit meiner Person und dem, was ich befinde, zu Ihrer Ver-fügung.“

„Denn wer den Besten seiner Zeit genug“

„Gehet, der hat gelebt für alle Zeiten.“

„Aber meinen „Sommerabendstraum“ sehen Sie doch heute noch an?“

„Er ist wohl abgeschafft?“

„Nach den Bedingungen meiner Bühne, etwa um die Hälfte.“

„Wir werden ihn ansehen und wenn er noch länger“

„wäre. Aber, meine Herren, Herr Levy hat eben verschwen-“

Signale oder nähern sich den Arbeitswilligen, so müssen sie fortgewiesen und im Wiederholungs-falle abgeführt werden. Auf dem Bahnhofe wird den ein-tretenden Arbeitswilligen seitens der Polizei mitgeteilt, daß hier gestreift wird. Eine Mitteilung seitens der Streikposten ist also überflüssig und wird nicht geduldet werden.

3. Es wird bestimmt erwartet, daß die streikenden Tischler dementsprechend verfahren und nicht durch Unbesonnen-heit sich schweren Strafen aussetzen und die Einigungs-verhandlungen gefährden.

Die Polizeiverwaltung.

Die Streikenden waren zunächst froh, daß ihnen auf diese Weise eine Arbeit abgenommen werden sollte. In der Praxis gestaltete sich die Sache aber so: Bei jedem ein-laufenden Eisenbahnzuge fragte der Beamte die aussteigenden Passagiere laut und vernehmlich: „Sind arbeitswillige Tischler dabei?“ „Hier wird gestreift!“ „Brauchen Sie Schutz?“ Das schien den Ausständigen nicht genug der Aufklärung und sie haben das Streikpostenstehen auf dem Bahnhof wieder selbst übernommen. — Sonst ist zum Aus-stande noch zu bemerken, daß die vom Bürgermeister von Luckenwalde eingeleiteten Einigungs-verhandlungen bisher zu keinem Ergebnis führten. Zugang muß nach wie vor fern-gehalten werden.

**Auch die Christen rüsten?** Der Vorstand des Gewerk-vereins der Christlichen Arbeiter beschloß, in den näch-ten vierzehn Tagen eine Urabstimmung vornehmen zu lassen über die Erhöhung der Mitgliederbeiträge. Falls die Urab-stimmung in bejahendem Sinne ausfällt, soll der erhöhte Beitrag sofort eingezogen werden.

**Neue Mittel zum Kampf.** In einer am Mittwoch in Bochum stattgefundenen Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände wurde bekannt gegeben, daß die pol-nische Berufsvereinigung der Bergarbeiter vom 1. Februar 1910 ab einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche erheben wird. Die Urabstimmung im christlichen Verbände bezieht sich auf einen gleich hohen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche, der Hirsch-Dunkerische Gewerksverein der Arbeiter veranlaßt ebenfalls über einen wöchentlichen Extrabeitrag von 10 Pf. eine Urabstimmung.

## Soziales.

**Der Gemeindevorstand als Hüter der schwarzen Liste.** Der Streikstreit im Plauenischen Vogtlande zeitigt jetzt noch als Nachklang die übliche schwarze Liste. Die Unternehmer in Schwarzgrün beschloßen die Herausgabe einer schwarzen Liste, auf der 17 der streikenden Sticker stehen; bei einer Konventionalstrafe von 100 Mk. verpflichteten sich die Unternehmer, keinen dieser bezeichneten Sticker in der Zeit von drei Jahren zu beschäftigen. Abgesehen von der unerschämten langen Dauer, auf die diese Berufsverfäls-cherung ausgeübt ist, würde sie an sich nichts Neues sein. Neu ist nur, daß die Liste dem Gemeindevorstand zur „besse-ren Aufbewahrung“ übergeben wurde, der sie auch in Ver-wahrung nahm. Was soll das Ortsoberrhaupt wohl damit? Gegen den pflichterfülligen Gemeindevorstand ist Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft eingelegt worden.

**Die technisch-industriellen Beamten** hielten am Dienstag in Berlin eine große Versammlung ab, zu der auch Re-gierungsvertreter und sämtliche Reichstagsabgeordnete einge-laden waren. Von der sozialdemokratischen Fraktion waren die Genossen Lehmann, Schmidt und Severing anwesend. Ingenieur Lüdemann begründete in längerer Ausführungen die Forderungen der technischen Angestellten, die sie an den Reichstag stellen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die verbündeten Regierungen mit größtmöglicher Beschleunigung die durch den Reichstagsbeschluß unerledigt gebliebenen Gesekentwürfe zur Gewerbeordnung und zum Arbeits-kammergesetz wieder einbringen und gleichzeitig eine Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz unterbreiten werden. Der Reichs-tag wird gebeten, dahin zu wirken, daß in der Novelle zur Gewerbeordnung auf alle Fälle das Zeugnisrecht, die Sonn-tagsruhe und die Konkurrenzklause im Sinne der Petitionen des Sozialen Ausschusses von Vereinen techn. Privatange-stellten geregelt werden.

**Gegen das französische Altersversicherungsgesetz,** das zurzeit den Gegenstand lebhafter Diskussion in Frankreich bildet, macht die gewerkschaftliche Landeszentrale dieses Lan-

gejagt, lassen Sie uns doch auch daran denken, die vielleicht nach uns in diesen Räumen weilen müssen, bis wir dieses Gelpens der Barbarei aus dem Staate gejagt und diese Räume an invalide und unter-stützungsbefähigt gewordene Arbeiter als Freiwohnung abgeben werden können. Es bleiben uns über 60 000 Zaler noch etwa 1400, die wir mit 5 Prozent verzinsen lassen, und die 70 Zaler Zinsen verwenden wir, um jeden Sonntag und Feiertag für einen Zaler gutes Bier hinauf-zuschicken, während bei Aufhebung der Schuldhaft die letzten Arbeiterbewohner, soweit sie dessen bedürftig sind, das Kapital verteilt erhalten. Diese Einigung bleibt natürlich geheim. Will jemand noch etwas Besonderes tun, so tue er's. Ich meinerseits werde auf meine Kosten die Wände weihen und malen den „Rosengarten“ wirklich mit Blumentöpfen versehen und zweckmäßiger Ofen setzen lassen mit Kochmaschin, damit so ein armer Inhabitat sich gelegentlich auch etwas anderes um billiges Geld kochen oder wärmen kann.“

„Und ich werde eine kleine Bibliothek stiften,“ erklärte der Leutnant.

„Ich hinterlasse mein Theater mit Anweisung und Repertoire, den Triangel und die Stücke, auch Noten und 20 Zaler jährlich für Beleuchtung,“ versicherte der Mime.

„Ich werde stiften 20 neue Matratzen mit Decken und Kopfkissen und 2 Duzend Betttücher und Überzüge für Kopf-lissen und Decken.“

„Bravo, Herr Levy!“ rief Frank. „Und Sie, verehrter Herr Schwiegervater?“

„Machen Sie mir einen Vorschlag, Herr Frank, aber nicht so teuer bitte, denn ich weiß nicht, was mir übrig bleibt.“

„Nun, so stiften Sie für jedes Zimmer eine Petroleum-lampe, macht 5 Zaler, sowie jährlich einen Zentner Petro-leum, macht jährlich 10 Zaler, das wird wohl gehen. Und jetzt, Herr Molinaro, machen Sie den „Sommerabendstraum“ zurecht, damit wir nach dem Abendessen, welches bald er-scheinen wird, sofort zu einem geistigen Genuß übergehen können. Und wenn Sie sich heute abend niederlegen und sind noch imstande, über etwas nachzudenken, so denken Sie über den schönen Vers nach:“

„Des Lebens Unverstand mit Behmut zu genießen, Ist Tugend und Begriff, Verunft und Sittlichkeit Und tausend andre schöne Sachen.“

Die Geschichte dieses Abends und des darauffolgenden Morgens überlassen wir der Einbildungskraft unserer Leser.

(Fortsetzung folgt.)

des entschieden Front. Ein besonderer Aufruf verlangt glatte Ablehnung des gegenwärtigen Projektes, weil dasselbe nicht nur Beiträge der Unternehmer und der Regierung, sondern auch der Arbeiter fordert, ferner eine Kapitalanhäufung aus den jährlichen Überschüssen ergibt, eine Rentenzahlung aber erst nach erreichtem 65. Lebensjahre und, nachdem während 30 Jahre Beiträge auf dieser Versicherung geleistet wurden, vorsieht. Die Konföderation verlangt eine unbedingte Ände-rung des Projektes dahingehend, daß die Arbeiter von der Beitragszahlung befreit werden und schon eher in den Genuß einer Rente kommen können, ferner eine regelmäßige Verteilung der Überschüsse zum Nutzen der Versicherten und um so-mit eine Kapitalanhäufung zu vermeiden.

**Staatliche Subvention der Arbeitslosenstellen in Genf und Basel.** Am 6. November, des verfloßenen Jahres, nach ziemlich langen Verhandlungen, stimmte der Große Rat des Kantons Genf einem von dem sozialdemokratischen Reichs-mittligliche Nicolet eingebrachten Gesekentwurf zu, der aus-schließlich die staatliche Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen regelt. Nach diesem Gesetze, dessen vor-läufige Gültigkeit auf 10 Jahre festgesetzt ist, garantiert der Staat „den gewerkschaftlichen Vereinigungen oder Grup-pierungen, welche eine Arbeitslosenversicherungsfasse besitzen, eine Subvention von 60 Prozent jeder Unterstützung, die jedem regelrecht eingeschriebenen Mitgliede dieser Klasse ge-währt wird.“ Nur solche Organisationen erhalten diese Unterstützung, welche sich vollständig in der Staats-kasse anmelben und die Bestimmungen des Gesetzes anerkennen. Danach müssen sie bei der An-meldung im Handelsregister eingetragen sein, ein Exemplar der Statuten und des Reglements, soweit die-selben die Arbeitslosenunterstützung betreffen, deponieren und für die Arbeitslosenversicherung eine besondere Buchführung einrichten. Die Staatsubvention kann für jedes Mitglied nur für 60 Tage innerhalb eines Jahres reklamiert werden, und zwar nur für solche, die im Kanton Genf seit einem Jahre wohnen oder seit mindestens einem Jahre einer schweizerischen Vereinigung angehören. Arbeitslosigkeit, die die Folge eines Streiks, einer Krankheit, physischer Unfähig-keit, oder eines Unfalles ist, berechtigt nicht zur Staats-subvention. — Die Gewerkschaften des Kantons Genf haben, trotz teilweiser heftiger Opposition der Anarchisten, inzwischen fast ausnahmslos ihre Anmeldung bewirkt. — Der Kanton Basel (Stadt) zahlte bisher der Arbeits-lostenkasse des Arbeiterbundes 2000 Frank (anfänglich nur 1000 Frank), derjenigen der „Typographia“ 400 Fre. jährliche Subvention, ohne daß ein besonderes Gesetz dies bestimmt hätte. Der Große Rat dieses Kantons hat nun am 16. Dezember 1909 ebenfalls ein „Gesetz be-treffend Errichtung einer staatlichen Arbeitslosenstelle und Unterstützung privater Arbeitslosenstellen“ genehmigt. Wie schon der Titel sagt, sieht dieses Gesetz auch eine selbständige staatliche Arbeitslosenstelle vor, mit Beiträgen des Staates, wie auch der Versicherten. Die Satzungsbestimmungen über die Unterstützung der gewerkschaftlichen Ar-beitslosenstellen enthalten leider hier die Bestimmung, daß die Unterstützung auch für solche fortfällt, welche infolge einer Aussperrung, der ein Streik oder eine Sperre im gleichen Gewerbe vorausging, arbeitslos sind. Jedenfalls aber bedeuten die erwähnten Gesetze einen begrüßenswerten Fortschritt auf dem Gebiete der Anerkennung der Pflicht des Staates, die Opfer der heutigen Wirtschaftsweise zu unterstützen.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Kadavergehorsam bis ins Lazarett.** Am 22. Oktober v. J. wurde der Soldat Hennig vom Schützen-Regiment Nr. 108 in Dresden wegen eitriges Mandelentzündung im Lazarett untergebracht. Als eines Tages der Sanitätsunter-offizier ins Krankenzimmer trat, soll der Kranke nicht die Hände auf dem Bett ausgestreckt haben. In der Annahme, daß er dies nicht brauche, befolgte er einen dahingehenden Befehl des Unteroffiziers nicht. Vom Arzt war dem Hennig Bettruhe angeordnet worden. Nichts-destoweniger erhielt er eines Tages vom Unteroffizier den Befehl, sein Gebiß zu putzen! Nachdem er es nicht gleich tat, befolgte er einen zweiten Befehl. Täglich mußte Hennig sein Bett machen. Vom Unteroffizier wurde Kontrolle dar-über ausgeübt. So mußte der Kranke einmal auf Befehl des Unteroffiziers aufstehen und letzterer durchwühlte das Bett. Er fand dabei, daß an der Matratze ein Wand fehlte, welches sofort angehängt werden mußte! Hennig hatte diese Arbeit verrichtet und, nachdem er das Bett wieder gemacht, sich hineingelegt. Abermals kam der Unteroffizier und ab er-mals hieß es „raus!“ Das Bett wurde wieder unter-sucht und dann der Befehl erteilt, das Bett wieder zu machen! Hennig sagte das Verhalten des Unteroffiziers als Schikane auf und befolgte den Befehl nicht, äußerte vielmehr: „Nun warte ich, bis der Stabsarzt kommt!“ Außerdem soll sich der Kranke einiger „Achtungs-erklärungen“ schuldig gemacht haben, indem er die Ehren-bezugungen unterließ und bei der Untersuchung nicht stramm stand!! Das Gericht hielt die Disziplin für verfehlt und erkannte auf — vier Wochen strengen Arrest!

## Aus Nah und Fern.

**Was der Großstadtmensch atmet.** Die Großstadtluft ist ein Begriff geworden, dem in moralischer Hinsicht nicht viel Gutes nachgesagt wird. Daß die Großstadtluft auch im eigentlichen Sinne keine bevorzugten Eigenschaften besitzt, kann ebensowenig bezweifelt werden. Nachdem früher namentlich in englischen Industriestädten Untersuchungen über die Zusammensetzung der Luft gemacht worden sind, hat jetzt Professor Rister am staatlichen Hygienischen Institut zu Hamburg die Hamburger Luft aufs gründlichste erforscht und die Ergebnisse seiner Arbeiten in einem eingehenden Auffatz im „Gesundheitsingenieur“ niedergelegt. Es geht daraus hervor, daß zwar die Entwicklung von Rauch und Ruß durch die häuslichen Feuerungen eine wesentliche Ver-schlechterung auf die Luft ausübt, daß aber der Hamburger Hafen, wie zu erwarten war, eine überwiegende Wirkung nach dieser Richtung hat. In welchem Grade sich die Rauchmasse und der Ruß vom Hafen her der Umgebung mitteilen, hängt natürlich von den Witterungsverhältnissen und insbesondere von den Winden ab. Übrigens ist die Luft im Winter ruhiger als im Sommer. Der Umstand, daß diese Tatsache in der eigent-lichen Stadt stärker eintritt als im Hafen, beweist, daß sie von der winterlichen Heizung der Wohnhäuser abhängig ist. Andererseits ist an Sonntagen die Rußmenge geringer als an den Wochentagen, wofür sich die Erklärung von selbst dar-bietet. Innerhalb der einzelnen Tage sind die Morgenreini-gung gewöhnlich am schlechtesten gestellt, und die Verunrein-igung der Luft nimmt mit dem Fortschritt des Tages ab und ist zur Nachtzeit am geringsten. Die Abnahme der Tageshelligkeit und der Luftdurchsichtigkeit steht in geradem Verhältnis zum Rußgehalt. Auch Schwefelsäure findet sich in der Luft in erheblichen Mengen. Im Zustand der Luft ist Hamburg schlechter gestellt als Berlin, dagegen ansehn-lich besser als Dresden und viele Großstädte in England.

und Amerika, in denen gleichartige Untersuchungen stattgefunden haben.

Ein schweres Baumunglück ereignete sich auf der Grube Gottlob 2 bei Brödig (Provinz Sachsen). Dort waren 15 Arbeiter des Zimmermeisters Kresse in Zeig beschäftigt, einen eisernen Schornstein aufzurichten. Sie hatten schon zwei Rohre vernietet und das dritte aufgelegt, aber noch nicht festgeschraubt, als plötzlich ein heftiger Orkan einsetzte. Jedenfalls haben die Leute auf dem Gerüst die Geistesgegenwart verloren und die Lunte, an denen sie das Rohr hielten, losgelassen. Das Rohr kippte um und rief das Baugerüst, trotzdem es gut verstrebt war, mit sich in die Tiefe. Während die Arbeiter unter dem Gerüst stehenden Arbeiter unterleckt abbringen konnten, stürzten sechs mit dem Gerüst ab. Der zwanzigjährige Krämer aus Rasberg wurde so schwer verletzt, daß er im Zeiger Krankenhaus verstarb. Die fünf übrigen wurden leichter verletzt.

Zum Grubenunglück auf Zeche Holland. Die verschütteten sechs Bergleute sind noch nicht geborgen. Es ist fraglich, ob noch alle am Leben sind, denn bis Mittwochabend wurden nur noch schwache Lebenszeichen vernommen. — Donnerstag mittag wird uns gemeldet, daß man kaum noch Hoffnung haben darf, daß die Verschütteten gerettet werden können. Es haben nämlich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag weitere Nachstürze von Gebirgsmassen stattgefunden, die die bisherigen Vorarbeiten zur Rettung der Eingekerkerten völlig vernichtet haben. Lebenszeichen von ihnen sind nach dem Einsturze nicht mehr vernommen worden. Die Gefahr weiterer Gesteinsnachstürze ist groß, jedoch sich die ganze Arbeit auf Verhütung dieser zu konzentrieren hat. Zur Berichtigung unserer gestrigen Meldung teilen wir mit, daß nicht die ganze Sohle 85 m lang ist, sondern die Strecke von der 5. Sohle bis zu den Verschütteten, die zu durchbrechen wäre, ist 35 m lang, nach einer anderen Meldung handelt es sich nur um 18 m. Donnerstag, 7 Uhr 38 Minuten abends: Die Arbeiten zur Sicherung des Schachtes auf der Zeche Holland nehmen schnellen Fortgang, so daß man hofft, gegen Mitternacht mit dem Aufräumen des Schuttes beginnen zu können. Falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, dürfte man im Laufe des morgigen Tages auf die Verschütteten stoßen.

Die Folter des Zeugniszwanges. Der Redakteur Weber von der „Wahrheit“ des antisemitischen Abgeordneten Bruhn ist wegen Zeugnisverweigerung in Zwangshaft genommen worden. Der Verhaftete lebte es ab, die Quelle zu nennen, aus der er das Material zu einem Artikel über die Kriminalpolizei geschöpft hat. — Der Zeugniszwang wird auch dann nicht als moralisch bezeichnet werden können, wenn es sich um ein notorisches Erpresserblatt handelt.

Mord- und Selbstmordversuch. In Rixdorf versuchte der Gärtner Mollit seine Geliebte, die 23jährige Marie Kasten, auf offener Straße zu erschließen und sich selbst in seiner Wohnung zu vergiften. Die Kasten ist schwer verletzt, während er mit Sauerstoffatmung wieder ins Leben zurückgerufen wurde. Beide liegen jetzt im Krankenhaus schwer danieder.

Überschwemmungen. Der untere Teil der Stadt Sigmaringen ist vollständig unter Wasser. Die Brücken sind in Gefahr weggeschwemmt zu werden. Das ganze Wiesental gleicht einem See, der große Holzmassen mit sich führt. Im unteren Stadteil sind Notbrücken geschlagen, um den Verkehr aufrecht zu erhalten.

Großfeuer. In der Fabrik von Siemens u. Halske in Petersburg brach ein Großfeuer aus, wobei die Abteilung für Tischleret, das Kontor und die Empfangsräume völlig niederbrannten. Der Schaden wird auf 200 000 Mk. geschätzt.

Neuer Weltrekord im Passagierflug. In Los Angeles überboten sich Latham und sein Landsmann Paulhan in Rekord. Wie man aus New York meldet, übertraf der letztere seinen tags zuvor aufgestellten Passagierrekord im Überlandflug, indem er mit einer Dame vom Flugplatz in Los Angeles nach der Küste bis zum Atlantischen Ozean und zurück flog und dabei 22 Meilen (35,4 Kilometer) zurücklegte.

Andree ermordet? Der Minister des Auswärtigen erhielt von dem schwedischen Konsul in Montreal einen Bericht über Gerüchte unter den Eskimos, nach welchen Andree und seine Begleiter wahrscheinlich auf die Kennterjagd gegangen, und von Eskimos, die hierüber erbittert waren, getötet worden sind. Das Konsulat in Montreal traf Vorbereitungen zur Untersuchung auf einem Plage, der etwa 750 englische Meilen nördlich Uterte liegt.

Ein englisches Segelschiff gestrandet. An der Küste bei Pratica di Mare erlitt ein Telegramm aus Rom zufolge der englische Segler „Union“, mit Kohlenladung von Malta nach Jolonica bestimmt, Schiffbruch. Von den elf Mann sind nur sieben gerettet, unter ihnen der Kapitän. Drei verwundete Matrosen wurden nach Rom ins Krankenhaus geschafft, drei werden vermisst, einer ist als Leiche an den Strand gespült worden.

Das Brandunglück in Philadelphia. Aus den Trümmern der eingestürzten Hemdenfabrik sind bis jetzt vier Tote geborgen worden. Zwanzig Personen wurden verletzt, von ihnen mehrere schwer. Zwanzig Arbeiter werden noch vermisst. Das Feuer zerstörte einen vierstöckigen Häuserblock im Zentrum des Geschäftsverkehrs. Man glaubt, daß noch eine Anzahl von Leichen unter den Ruinen vergraben liegt. Auf der Brandstätte herrscht eine derartige Hitze, daß jede Nachforschung nach Verunglückten für

die Rettungsmannschaft unmöglich ist. In dem eingestürzten Gebäude befanden sich nur Hemdenfabriken, die 500 Mädchen als Arbeiterinnen beschäftigten. Die Ursache der Brandkatastrophe war eine Gasolinerexplosion. Der Arbeiterinnen bemächtigte sich eine Panik. Sie konnten den Flammen nur nach einer Seite hin entkommen. Da auch die Fabrikfabrikstühle in Brand geraten waren, sprangen die Mädchen aus den Fenstern, viele wurden von notdürftig in aller Eile hergerichteten Fangnetzen aufgefangen. Andere, für die keine Netze aufgefangen waren, brachen die Glieder. Es spielten sich dabei tragische Szenen ab. Die große Menge der Zuschauer, die keine Hilfe bringen konnten, riefen den Arbeiterinnen zu, auf die Retter zu warten, die auf einem Umwege und blutbedeckt zu Hilfe eilten. Über ehe sie die Fenster erreichten, waren drei junge Mädchen in die Tiefe gesprungen. Sie waren sofort tot.

### Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die Liebe macht“, Lustspiel in 4 Akten von Callavet und de Flerk. Es ist sicherlich viel Grund vorhanden, Lustspielneheiten mit einigem Mißtrauen zu begegnen, auch dann, wenn ihre Autoren jenseits der Bogenen domizilieren. Schlimme Erfahrungen rechtfertigen dies Mißtrauen in weitgehendem Maße. Gült und Wig sind gewöhnlich diejenigen Eigenschaften, die modernen Lustspielen am meisten mangeln und die in der Regel durch Fivolitäten oder plumpe Scherze ersetzt werden. Der Schebruch ist das gangbarste und dankbarste Thema, das von den Franzosen elegant und grazios, von den Deutschen breiter und deshalb widerlicher behandelt zu werden pflegt. Daß in dem Schwan, oder wie seine Verfasser sagen, Lustspiel „Die Liebe macht“ die eheliche Treue oder Untreue eine gewichtige Rolle spielen würde, war von vornherein zu erwarten. In dieser Beziehung ist auch wohl niemand enttäuscht worden. Dennoch ist die Geschichte verhältnismäßig harmlos. Ein junger Trottel von Graf, namens Andree, dessen einzige Beschäftigung die Länderei und Liebeleien mit verheirateten und unterverheirateten Frauen ist, tritt in den Stand der angeblich heiligen Ehe mit Jacqueline, einem reizenden Mädchen. Natürlich muß er nun seine Beziehungen zu den Damen und Mädchen, die ihm bisher das Leben angenehm verfließen, zunächst abbrechen. Das tut Andree denn auch. Er macht mit seiner jungen Frau eine mehrmonatliche Hochzeitsreise und beide schwimmen im Meer der Liebe. Nach der Rückkehr ist's jedoch mit der Treue des braven gräflichen Ghemannes bald vorbei. Seine letzte vorübergehende Flamme, eine verheiratete Gräfin, beucht ihn und die Sache ist wieder fertig. Als Jacqueline erfährt, daß ihr Mann sie betrügt, beschließt sie, sich zu rächen. Sie will sich revanchieren, und zwar sucht sie dazu einen ihrer früheren Liebhaber, einen vom Unglück in der Liebe verfolgten lankischen Wäckerwurm auf. Aber es kommt nicht zum Ausgehen. In ihr regt sich im entscheidenden Moment die Liebe zu ihrem treulosen Gatten, zu dem sie dann auch reuig zurückkehrt. Schließlich erfolgt die allgemeine Versöhnung. So in kurzen Zügen der nicht mehr ganz neue und für vier Akte reichlich dürftige Inhalt des Stückes, das sonst in jeder Beziehung recht geschickt gemacht ist. Der Dialog ist witzig und pikant und enthält manche nette Pointe, die stürmische Heiterkeit entfesselt. Aberhaupt verrät der ganze Aufbau des Lustspiels einen sicheren Blick für das Bühnenwirklame. Gespielt wurde gestern abend, als „Die Liebe macht“ bei uns zum ersten Male zur Aufführung gelangte, ganz famos. Herr Fuchs zeichnete den unglücklichen Liebhaber und Wäckerwurm August überaus wirksam. Sein trockenere, niemals aufdringlicher Humor sprudelte nur so und versetzte das Publikum in heiterste Stimmung, die während der ganzen Vorstellung vorherrschte. Nicht mindere Anerkennung verdient Fr. Bog, die als Jacqueline eine reizende junge Frau voller Anmut und Volerie schuf. Vielleicht war sie für eine Pariserin gar ein wenig zu natürlich und ungekünstelt. Herr Stahl-Nachbauer gab den Schmerzendürr Andree mit der nötigen Grazie und Leichtgläubigkeit, die seine Siege bei jenen Damen, deren Hauptbeschäftigung eben die Liebe oder was sie so nennen ist, sehr glaublich erscheinen ließ. Die übrigen Rollen wurden von den Damen Brandes, Walter, Hilger und Gerlach sowie die Herren Scholz und Albert erfolgreich vertreten. Herr Fuchs hatte als Leiter der Aufführung für ein stotteres Spieltempo und für eine hübsche Inszenierung gesorgt. Nur waren die Bauten wieder einmal übermäßig lang und stellten an die Gebuld des Publikums unbillige Anforderungen. Der Beifall war nach jedem Akt schluß einmütig und lebhaft. P. L.

### Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein:  
Kraus 94,80. Groß-Berlin a. Konto seiner acht Wahlkreise 5000.—. Berlin, diverse Beiträge 1098,60. Bern 50.—. Götting, Wahlkreis Königshagen (Neumark), 3. Quartal 09 43,38. Galt, 7. württemberg. Wahlkreis, 3. Quartal 09 63,97. Dresden-Land, 6. sächsischer Wahlkreis a. Konto seiner Beiträge für 1909/10 1500.—. Danzig, Provinz Westpreußen, Beiträge für 3. Quartal 09; Wahlkreise: Elbing-Marienburg 40.—, Danzig-Land 8.—, Danzig-Stadt 178,12, Neustadt-Karthaus 8,80, Berend-Stargard 4,24, Etum-Marienwerder 17,80, Rosenburg-Löbau 3,45, Graubenz-Strasburg 40,64, Thorn-Kulm 2,40, Schweg 4,95, Schlochau-Flatow 8.—, Deutsch-Krone 11,60, Summa: 328.—. Frankfurt a. D.-Lebus,

Wahlkreisbeiträge für 3. Quartal 09 116,84. Kallend. (Oberschlesien) 8.—. Glessburg, 1. und 2. sächs.-hollst. Wahlkreis, 2. Quartal 09 288,12. Görlitzer Agitationsbezirk: Wahlkreis Görlitz-Lauban 800.—. Gamburg, 1. Wahlkreis 6000.—. Gamburg, 2. Wahlkreis 6000.—. Gufum, 3. schleswig-holsteinischer Wahlkreis, 3. Quartal 1909 41,04. Köln a. Rh., Reg. B. 20.—. Lübeck, sozialdemokratischer Verein, 3. Quartal 09 700.—. Leipzig, 12. sächsischer Kreis a. Konto seiner Beiträge für 1909/10 6000.—. Leipzig-Land, 13. sächs. Kreis a. Konto seiner Beiträge für 1909/10 6000.—. Mrohen, C. S. 80.—. Magdeburg, Soz. Verein a. Konto seiner Beiträge 800.—. Nürnberg, Gau Nordbayern, 3. Quart. 1909; Wahlkreise: Rixingen 9,66, Würzburg 112,74, Dinkelsbühl 19,89, Regensburg 56,49, Bayreuth 128,25, Neustadt a. W.-M. 12,96, Schweinfurt 69,09, Neuenburg 1,68, Neustadt a. S. 14,04, Bamberg 43,08, Altschaffenburg 45,60, Eichstätt 11,61, Erlangen-Fürth 471,96, Amberg 6,75, Forchheim-Kulmbach 33,39, Hof 135,66, Ansbach-Schwabach 110,70, Vohr 8,55, Rothenburg 9,99, Neumarkt 4,86, Kronach-Richtenfels 58,47, Nürnberg 1250,46; Summa 2615,88. Osnabrück, Wahlkr. Neuhaldensleben-Wolmirstedt, 3. Quartal 09 208,33. Plauen i. V., F. C. 2.—. Stuttgart G. U. 10.—. Spandau, Willk. 6.—. Spandau, M. D. 5.—. Begeleit, 18. hannov. Wahlkreis, 2. Halbjahr 09 373,80.  
Berlin, 12. Januar 1909.  
Für den Parteivorstand:  
H. Gerlich, Lindenstr. 69.

### Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 20. Januar.  
Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.  
Auftrieb 1913 Schweine. Der Markt wurde nicht geräumt.  
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenliegender Tara: Weiße schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 69.— bis 70.— (55.— bis 57.—) Mk. Mittel schwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,50 bis 69.— (54,50 bis 55.—) Mk. Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 68.— bis 69.— (53,00 bis 53,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 68.— bis 69.— (53,00 bis 53,50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 62.— bis 67.— (47,00 bis 51.—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 64,50 bis 66.— (51.— bis 53.—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 58,00 bis 62.— (45.— bis 48,50) Mk.

### Aus den Witzblättern.

Der Holzdieb. „In strengen Winter hab'n wir heuer!“ — „Ja, dreimal haben I' mi schon erwischt!“  
Betrachtung. Chef: „Mit den Neujahrsgarren an meine Angestellten habe ich es diesmal mit der Qualität, Schein's doch, zu bunt getrieben — zwei haben sich krank gemeldet!“  
Angenehme Sitzung. „Gestern war es schön im Verein der Alkoholgegner. — Da haben wir den Verein aufgelöst und das Vereinsvermögen verlossen!“  
Sein Beruf. Hotelgast (vor der Abreise): „Was, Sie wollen auch ein Zringeld? Habe ich Sie denn irgendwo beschäftigt? — Hotelangestellter: „Gewiß, ich muß Obacht geben, daß die Gäste nicht ohne zu zahlen fortgehen!“  
Ein Glückspilz. Arzt: „Der Heilungsprozess bei Eurem Mann verläuft ganz gut!“ — Bäuerin: „Glaub's, mit seinen Prozessen hat mei' Alter no' alkwei Glück g'habt!“  
Unverfroren. Gast: „In der Milch schwimmt ja laute Gras!“ — Wirt: „Ganz natürlich! Es ist ja Alpenkräutermilch!“  
Bräutigam. Frau: „Na, Anna, wo liegt denn eigentlich die Ursache Ihres Grams?“ — Köchin: „In der Festung Weg!“  
Lakonisch. Wie hat es Ihnen bei dem letzten Thé d'ansant gefallen?“ — „Schlecht! Tee zu dünn — Damen zu dick!“  
(Aus „Meggendorfer Blätter.“)  
Der besorgte Papa. Vater (zu seinem Sohn): „Wenn du in die Schule gehst, mach' recht große Schritte — damit die Sohlen lange halten!“  
Umschrieben. A.: „Du siehst ja so jung aus, so verändert.“ — „Ist das ein Wunder? Ich hab' doch zwei Jahre nicht das Licht der Welt erblickt!“  
Eine Perle von einem Schneider. „Du siehst ja tolllos nobel aus; hast du geerbt?“ — „Nicht doch; ich habe einen Schneider gefunden, ich sage dir, eine wahre Perle. Denke dir, ich komme eben von ihm und hatte Mähe, ihn zu bewegen, daß er ein paar lumpige Mark von mir annahm!“ — „Wahrhaftig?“ — „Na ja, er wollte mehr haben!“  
Im Salon. Er: „In Petersburg habe ich kürzlich einen furchtbaren Frost erlebt; wir hatten neunundzwanzig Grad!“ — Sie: „Was Sie sagen! Und waren das alles Kältegrade?“  
(Aus „Sport humor.“)

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verleger: E. H. Sch w a r z. Druck: Friedr. Nege r u. Co  
Sämtlich in Lübeck.

Karl Lange hett Geburtsdag, wo-to wi hüt gratuliert und drinken dot wi morgen. Nun rate mal.  
**Möblierte Zimmer**  
Woche 2,50 Mk. mit Kaffe zu verm.  
Untertrave 9 L.  
Zum 1. April freundliche Zweizimmerwohnung mit Zub. z. verm.  
Preis 160 Mk. Kottwitzerstr. 43.  
Billig zu verkaufen zwei hübsche Mädchenkleider (rosa) mittel. Figur.  
Giswialstraße 21 a.  
Sonnenabend und Sonntag stehen **Ferkel** zum Verkauf.  
Krögers Gasthof, Schwartau.  
**Fischhalle Hansa**  
Fünfhausen 33  
empfiehlt sich bei Bedarf an Fischen.

**Damen-Masten-Garderob.**  
Zeppelin-Luftschiff, Luftballon, überbreitl. Damen-Gigarel, Wohnblume, Glockenblume, lustige Witwe, Väncrin, Carmin, Kartenlegerin, Chansonette, Pirecia, Zigeunerin, holl. Fischerin, div. Pieretten, Regenbogen, weibl. Schornsteinfeger zu vermieten.  
Frau Holst, Fleischhauerstr. 8, 31.  
Empfehle zum Sonntag:  
Prima jg. fettes Queenfleisch 85 Pf.  
Bratenstücke 70 Pf.  
Beefsteak 100 Pf.  
Kollfleisch 80 Pf.  
Gulasch 70 Pf.  
Gehacktes 70 Pf.  
Kalbfleisch 60 Pf.  
Keulen 70 Pf.  
Schweinefleisch 80 Pf.  
Hammelfleisch 75 Pf.  
Keulen 85 Pf.

**Geräuch. Schweinstöpfe**  
Pfd. 60 Pf.  
Geräucherte Naden  
Pfd. 1.00 Mk.  
9 Eier 60 Pf.  
**Hans Wegener,**  
Obere Wahnstr. 10.  
Habe 2 selten schöne fette **Züllen**  
geschlachtet (1 1/2 u. 2 1/2 jährig), wovon ich meiner werten Kundschaft ff. Beefsteak, schöne Bratenstücke und Sappenfleisch best. empfehle.  
**Heinr. Dieckvoss**  
Rotschlachtereit u. Wurstmacherei mit elektr. Betrieb.  
Ferner. 1664. Obertrave 12.

Uhrfeder einsetzen 1.50 M.  
Taschenuhr reinig. 1.50 M.  
1 Jahr Garantie.  
**Ernst Gentzen, mach.**  
Königsstr. 62, b. d. Högstr.  
Gebe rote Rabattmark.  
**Seize Anackwurst, Brotwurst, Leberwurst** } St. 10 Pf.  
**Kopffleisch.**  
**Heinr. Viereck**  
Düggstraße 96.  
E. Boy, Königstr. 61. F. 1811.  
Marth.-St. 46.  
Schellfische, Rotzungen, Seelachs, Koblau, Hamburger Schollen, Hamburger Stint. Täglich frisch geräucherte Male, Sprotten, pr. Ladg.

**Jugend-Liederbuch**  
Preis: kartoniert 20 Pfennig gebunden 30 Pfennig  
Su beziehen durch:

Unsere berühmten **95** Pfg.-Tage beginnen  
Sonnabend, den 22. Januar.

**TAUSENDE** Artikel mannigfaltiger Art  
bezeugen die Vorzüge dieses populären Verkaufes

Wir bitten um Beachtung  
unserer 11 Schaufenster.

# HOLSTENHAUS

G. m. b. H. Lübeck Holstenstr.

**Juvenlar-  
Wasserverkauf!**  
Schuhwarenlager  
**Heinr. Beckmann**  
Meißnerstraße 3.  
Sämtliche zurück-  
gelebte Ware wie  
Herren-, Damen- u.  
Kinderstiefel aller Art,  
Kilz- u. Blüschpantoffel,  
Arbeitschuhe wird zu und  
weit unter Einkaufspreis abgegeben.  
Reparaturen prompt und billig.

## Heinrich Arp, 10 Schüsselbuden 10

empfehl

### feinste Pflanzen-Tafel- Margarine

- Marke **Sanella** . 1 Pfd. 90 Pfg., 2 Pfd. 175 Pfg.
- Marke **Palmona** . 1 Pfd. 90 Pfg., 2 Pfd. 175 Pfg.
- Marke **Cocosa** . 1 Pfd. 90 Pfg., 2 Pfd. 175 Pfg.
- Marke **Palmstern** 1 Pfd. 80 Pfg., 2 Pfd. 155 Pfg.

### feinste holländische Tafel- Margarine

- Marke **Cleverstolz** 1 Pfd. 90 Pfg., 2 Pfd. 175 Pfg.
- Marke **Rheinperle** 1 Pfd. 90 Pfg., 2 Pfd. 175 Pfg.
- Marke **Vitello** . . . 1 Pfd. 80 Pfg., 2 Pfd. 155 Pfg.
- Marke **Solo** . . . . . 1 Pfd. 80 Pfg., 2 Pfd. 155 Pfg.
- Marke **Küchenstolz** 1 Pfd. 75 Pfg., 2 Pfd. 145 Pfg.

Machen auch Sie einen Versuch und Sie werden bestimmt ein steter Kunde.

==== **Rote Lubeca-Rabatt-Marken.** ====

Prima Rindfl., Kalbfl., Hammel-  
fleisch liefert zu billig. Tagespreisen  
**Fritz Möller,** Wafenigsmauer  
86.

### Ger. Schweinsbuden

ohne Knochen per Pfund 75 Pfg.  
**la. Schweinefleisch 75 Pfg.**  
auch Bratenstücke, Pfd.  
Junges fettes Rindfleisch 60 Pf.,  
Rohfleisch 80 Pf., Scheibenbeefsteak  
1 Pf., Kleine Bratenstücke 85 Pf.,  
Kohlwurst 70 Pf.

**Bettes weißes Schmalz**  
von nur eigenen Schlachtungen,  
per Pfd. 85 Pf., bei  
Abnahme v. 4 Pfd. Pfd. **80 Pfg.**

Kuhentee per Pfd. 50 Pf., bei Ab-  
nahme von 2 Pfd. per Pfd. 45 Pf.,  
Schwarzpauer 10 Pfg.

**M. Labritz,** Böttcherstraße  
16.

- Empfehle:
- Br. fettes Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.
  - Bratenstücke Pfd. 65 u. 70
  - Gulasch Pfd. 70
  - Rohfleisch 80
  - Klufbeefsteak 100
  - Gehacktes 70
  - Kalbsteck Pfd. 50 u. 60
  - Hammelfleisch Pfd. 75
  - Schweinefl. Pfd. 75 u. 80
  - Karbonade Pfd. 90
  - Kornschmalz 90
  - Nierentalg 40

**T. Atmer, Königstr. 48b.**

**Al. Knackwürste, Kloppepfer  
geräucherte Hasen,  
frische Kohlwurst und  
Kopfleisch.**

Jeden Sonnabend von 5 Uhr:  
**Heiße Knackwurst.**

**Oscar Keil**

Schlachtereier u. Wurstmacherei  
mit elektr. Betrieb  
Schwart. Allee (Gute Weithofstr.)  
Fernsprecher 1447.

Reparatur, billig u. gut  
Federneinlegen 1.50 Mt.  
Reinigen . . . 1.50 "  
Glas . . . . . 0.80 "  
**G. Reese,** Uhr-  
macher  
Meißnerstraße 22-24.

**Betten, Bettfedern  
u. a. Betten-Artikel**  
kaufen Sie billig und reell bei  
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt  
4. **10.**  
A. B. kompl. Betten v. 12.50 Mt. an.  
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mt.  
**Rote Lubeca-Marken.**

Kein altes Schafelfleisch, fettes ig.  
Siegelfleisch Pfund 30-40 Pfg.  
22 Hühnerstr. 22.

Auf  
**Kredit**  
kaufen Sie am billigsten bei  
**H. Kesten**  
Holstenstraße 17 I  
Sie erhalten bei mäßiger  
An- und Abzahlung  
**Möbel, Betten,  
Garderoben,  
Manufakturwaren,  
Kinderwagen.**

**Auf Kredit  
Möbel**  
von der einfachsten bis zur elegantesten Aus-  
führung.  
**Nur prima Qualitäten!**  
Einzelne Stücke wie: Betten, Schränke,  
Tische, Schreibtische u. mit  
**5 Mk. Anzahlung** an.  
Spezialität:  
**Braut-Ausstattungen**  
von 300 bis 3000 Mk.  
**Anzüge Paletots**  
Damen-Konfektion,  
Wäsche, Gardinen, Teppiche  
Heren.  
**S. Sachs**  
2 Schmiedestr. 2  
Et., L., II., III. Etg.

**Morgen Sonnabend  
Ausnahmetag**  
in  
**Braunschweiger Blutwurst** 50 Pfg.  
anstatt Pfund 60 Pfg. nur Pfund  
**Leberwurst** 50 Pfg.  
anstatt Pfund 60 Pfg. nur Pfund  
**Preßkopf** 60 Pfg.  
anstatt Pfund 70 Pfg. nur Pfund  
**Krellwurst** 50 Pfg.  
anstatt Pfund 60 Pfg. nur Pfund  
**Bratenschmalz** 50 Pfg.  
anstatt Pfund 60 Pfg. nur Pfund  
gleichzeitig empfehle  
**Euter** . . . . . Pfund 50 Pfg.  
Auf alle Wurst- und Fleischwaren  
**4 % Rabatt.**  
**Thüringer Wurst- und Fleischkonserven-Fabrik**  
August Scheere.  
Detail-Geschäfte:  
Holstenstr. 19. Fernspr. 8972. **Breitestr. 44.** Fernspr. 8974.  
Huxstr. 22/24. Fernspr. 8977. **Mühlenstr. 20.** Fernspr. 8975.  
Warendorpstr. 21. Fernspr. 8976. **Percevalstr. 22.** Fernspr. 8978.